DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 22 ab Samstag, 10. Oktober 2020 bundesweit. Verkaufspreis 50 Cent mit Verwendungszweck »Vereinsspende« bitte an KDW e.V./Lenz IBAN GB77 REVO 0099 7016 8700 94
Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

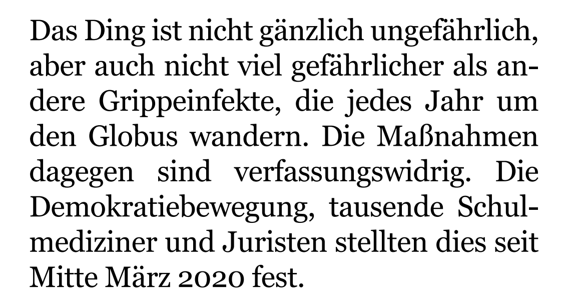
Der Furchterreger: Wir wissen, dass Ihr wisst, dass sie wissen, dass wir es alle wissen.
Das ganze Ding ist Schiebung. Aber:

CORONA GEHT IN DIE VERLÄNGERUNG

Die Regierung hat verloren. Nach Monaten der Panikmache ist auch dem Letzten klar: Corona ist kein Killervirus.
von Hendrik Sodenkamp, Berlin

Das Ding ist nicht gänzlich ungefährlich, aber auch nicht viel gefährlicher als andere Grippeinfekte, die jedes Jahr um den Globus wandern. Die Maßnahmen dagegen sind verfassungswidrig. Die Demokratiebewegung, tausende Schulmediziner und Juristen stellten dies seit Mitte März 2020 fest.

Doch diese kritischen Stimmen sind seitdem als Antisemiten, Vollidioten und potentielle Mörder ins Abseits gestellt worden. Wer kann es auch wagen, die Bundesregierung zu kritisieren? Nach sechs Monaten schwerster Fouls treten erste Lücken in der Abwehr der Regierungsquerfront auf. Vielleicht wurde aber auch nur die Taktik geändert? Das *ARD*-Extra zur Corona-Lage vom 5. Oktober 2020 kopierte in Gänze unsere Gesundheitsseite (Seite 3), welche wir in Variationen seit April abdrucken.



Ist es das? Kommt die Wahrheit zu Corona endlich durch? Platzverweis für Drosten? Taktisches Foul der Regierung? Gelb-Rote Karte? Kommt jetzt endlich der Abpfiff? Nein, das Spiel geht in die Verlängerung. Weder die Regierung noch die Demokratiebewegung haben bis jetzt die Entscheidung herbeiführen können.

In der Hauptstadt kamen zum 1. und 29. August bereits viele Hunderttausend bis mehrere Millionen Menschen zusammen, um friedlich für Republik, Gewaltenteilung und Demokratie zu demonstrieren. Ereignisse, die selbst Profisportlern den Puls höher gehen lassen (Thomas Berthold ab Seite 9). Dass diese Masse an Bürgerinnen und Bürgern nicht ausreicht, um etwas zu verändern, dass absichtlich die Teilnehmerzahl heruntergelogen wird, lässt tief in die Berufspolitik und Medienbetriebe in der Bundesrepublik im Jahr 2020 blicken. Es ist ein Blick ins Dunkele.

VERTEIDIGER DES GRUNDGESETZES (SEITE 16) GEGEN DIE MACHER DER KRISEN

Nach welchen Regeln geht das brutale Corona-Spiel weiter? Wann ist es vorbei? Golden Goal? Silver Goal? Durchziehen bis zum Elfmeterschießen? (Demokratiebewegung Seiten 4-7)? – Jetzt neu: Prohibition in Berlin. Am Dienstag beschloss das fahle Berliner Stadtgouvernement, dass sich nach 23 Uhr nur noch fünf Menschen auf der Straße treffen dürfen. Ansonsten kommt die Polizei. (Bericht und Einschätzung Seite 14).

Andere Städte, Regionen und Länder werden bei diesem perfiden *Game* nachziehen. In Privaträumen dürfen nicht mehr als zehn Menschen oder Angehörige zweier Haushalte zusammenkommen. Kneipen, Cafés und Kioske, die letzten Treffpunkte der Diskussion müssen schließen. Die Sperrstunde ist der »Todesstoß für Bars«, so Roberto Manteufel der Initiative »Bars of Berlin«. Der Mittelstand ist den Herrschaften egal. Was sie wollen, sind nur noch *Global Player* mit großen Namen (Mittelstands-Extra Seiten 12/13).

Es ist also nicht davon auszugehen, dass sich in der Regierungskaste irgendetwas ändern wird. Auch die kritische Intelligenz schläft weiter, hängt an blinkenden Fallzahlen fest und schwelgt in der düsteren Fantasie, dass in anderen Ländern dieses Erdballs die Menschen wie die Fliegen sterben würden: »Hah! Trump hat Corona!« Woher kommt diese intellektuelle Bankrotterklärung der einstmals so stolzen Wichtigtuer (Seite 11)?

Demgegenüber wünscht die Demokratiebewegung niemandem die Pest an den Hals und trifft sich auf Augenhöhe — für Aufklärung und basisdemokratische Verfassung. Seit 28. März ist sie auf den Straßen in Deutschland und im Ausland (Seite 2 und Reportage aus Minsk Seite 8).

Nach dem langen *Sommer der Demokratie* kommt nun das nächste Kältetief vom Permafrostboden des Regierungsviertels auf uns zu. Dem antidemokratischen Gesellschaftsumbau stellen wir Demokraten entgegen: Ohne uns Menschen wird kein neuer Start zu machen sein. Wie dieser aussieht, entscheiden wir als gleiche und freie Mitbürger in Debatten und demokratischen Wahlen. Daher: *Nicht ohne uns!* **Am 31. 12. 2020 findet die nächste Millionendemo in Berlin statt!**

Fußball-Spezial ab S. 9!
MITTELSTANDS-EXTRA S. 12/13



NICHTOHNEUNS.DE

PREISTRÄGER JENS WERNICKE

LAUDATIO ***Preis der Republik geht an Journalisten der Stunde***



Lesen Sie im Internet *rubikon.news* könnte auch der Titel dieser Laudatio lauten. Die Seiten des Publizisten und Kulturwissenschaftlers Jens Wernicke bringen Aufklärung und Hintergründe. Seit Beginn der gemachten Corona-Krise übertreffen sich Wernicke und Kollegium täglich selbst.

Was Wernicke und sein Autorenstamm seit über sechs Monaten leisten, dürfte zur umfassendsten hintergründigen Berichterstattung zum Corona-Regime weltweit gereichen: Auf dem Kurs der Aufklärung und Unabhängigkeit! Dabei steht Wernicke selbst ganz klar auf der Seite der Linksliberalen im Wortsinne, ist dem sozialen Ausgleich verpflichtet. Zugleich lehnt er doktrinäre Obrigkeitsstaatlichkeit ab. Wenn Deutschland einen Bob Woodward oder Émile Zola suchte – das hat es leider lange nicht –, dann wäre in Jens Wernicke ein geeigneter Kandidat ansprechbar. Leider scheut er die eigene Öffentlichkeit noch mehr als andere Schreiber.

»Hat er was rausgekriegt?«, fragt bei Bert Brecht der Grenzer noch den Weisen, der aus politischen Gründen das Land verlassen muss – und sich seines Sieges doch sicher sein kann, denn er hat ein redliches Wissen, das sich durchsetzen wird. Angesichts der Unterdrückung Oppositioneller und der Internet-Zensur unter dem Corona-Regime hat Wernicke kürzlich beschlossen, das Land zu verlassen, um aus sichererem Ausland die Berichterstattung aufrechterhalten zu können. Leider ist das ein realistischer Schritt. Rechtsstaat, Gewaltenteilung und Republik waren seit sieben Jahrzehnten in keinem solch schlechten Zustand wie in der Gegenwart des Jahres 2020.

Für seinen aufrichtigen Einsatz für Journalismus und Aufklärung in der düstersten Zeit seit 1945 wird JENS WERNICKE der Preis der Republik zugesprochen. Der Preis der Republik wird seit 27. Juni 2020 verliehen vom Förderverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Christine Lambrecht, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich.



Zum Geleit
EIN DEMOKRATISCHER GRUß!

Die- Redaktion möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten?

Wir sind die Redaktion der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) in Berlin. Wir sind unabhängig von Parteien, Konzernen und anderen korrumpierten Strukturen. Wir stehen der Demokratiebewegung um nichtohneuns.de und Querdenken nahe. Dank der vielen einzelnen kleinen und mittleren Spenden* können wir jede Woche diese gedruckte Zeitung sicherstellen und in der gesamten Republik verbreiten. Wir sind parteilose liberal eingestellte Menschen verschiedener Couleurs. MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Händler, Unternehmer, Mütter und Väter, Alte und Junge vielerlei Hintergründe. Uns ist daran gelegen, dass die Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns dies gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam feiern mit allen, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich auch politisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind von der Regierung abgeschafft worden, die die Verfassung gebrochen und sich mit Verordnungen totalitär ermächtigt hat. Deshalb führen wir die Debatte um eine neue Verfassung an.

WARUM GIBT ES DIESE WOCHENZEITUNG JETZT ZUM 22. MAL?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Print-Exemplaren und weit darüber sowie als E-Paper und Online-Ausgabe unter demokratischerwiderstand.de?

Ganz einfach!

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und, ja, auch Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir sind der Ansicht, dass zu viele Menschen der Gleichschaltung der Repräsentation und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition im Jahr 2020!

Während des derzeitigen Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus, der auch ohne Ausgangssperre stattgefunden hätte, projiziert das verfassungsbrüchige Regime seinen Hass und seine Panik auf uns, die anderen Menschen, die in dessen System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben. Wir erleben unter dem Stichwort »Corona« den Versuch einer terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits im März 2020 das Leben genommen. Ungezählte Tragödien spielen sich ab.

Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. – *Die DW-Redaktion*

* Spenden mit Verwendungszweck »Vereinsspende« gern an KDW/Lenz, IBAN GB77 REVO 0099 7016 8700 94.



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLIN'DEN DEMOKRATIK BIR SELAMLAMA!

We are liberals, publishers and journalists from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so called Grundgesetz. We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. – Please take into consideration; the current German government and the EU are not that what the may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press, organisations and colleagues abroad. Thank you. – Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Illustration oben: Bei der Arbeit – die kriminelle Berliner Corona-Regime-Truppe v.l.n.r. Barbara Slowik, Michael Müller, Dilek Kalayci

GLOBALER DIKTATURVERSUCH

In zurückliegenden Ausgaben berichteten wir von den weltweiten Großdemonstrationen der Demokratiebewegungen. Eine offizielle »Zweite Welle« konnte wohl verhindert werden. Das Regime versucht es nun hintenrum.

Deutschland: Ab Samstag soll es in Berlin bis zum 31. Oktober von 23 Uhr bis 6 Uhr eine »zweite Welle« mit Sperrstunde mit Prohibition geben, im Freien dürfen sich nur noch 5 Personen oder Menschen aus 2 Haushalten versammeln.
Frankreich: In Paris müssen Bars mindestens zwei Wochen schließen – überraschenderweise Restaurants aber nicht.
Spanien: Insbesondere Madrid und 9 weitere Städte im Großraum der Hauptstadt sollen mit schärferen Ausgangssperren abgeriegelt werden, wenn bestimmte Werte überschritten werden.
Österreich: Am 12. Oktober will eine Expertenkommission ihren Bericht zum Ausbruch des Coronavirus in Ischgl und zum Krisenmanagement der Tiroler Behörden vorstellen. In den Skigebieten soll es kein Après-Ski geben; Abstandsregeln vor einer Seilbahn und Maskenpflicht in Seilbahngondeln.
Belgien: Belgien hat die Maskenpflicht ab dem 1. Oktober gelockert und die Quarantänepflicht bei Verdachtsfällen auf 7 Tage verkürzt.
Niederlande: Das Land verlängert seine Corona-Regeln für zunächst 3 Wochen.
Tschechien: hat wieder den Ausnahmezustand verhängt.
Israel: Der seit dem 18. September verhängte Lockdown wurde bis zum 14. Oktober verlängert.
Iran: In Teheran werden für eine Woche Schulen, Moscheen, Bibliotheken und öffentliche Einrichtungen geschlossen. Präsident Rohani fordert schwere Strafen für Infizierte, die ihre Erkrankung geheim halten.
Argentinien: Wegen der strengen Ausgangsbeschränkungen, die bis zum 11. Oktober verlängert wurden, nimmt die Armut in dem ehemals reichen Land deutlich zu.
Südafrika: Südafrika hat wieder seinen Luftraum für den internationalen Flugverkehr geöffnet. Die Einreise ist aber an Auflagen gebunden
Australien: Der strenge Lockdown im Bundesstaat Victoria und der Hauptstadt Melbourne wurde gelockert, nächtliche Ausgangssperren aufgehoben; zugleich wurden neue hohe Geldstrafen in dem am stärksten von der Pandemie betroffenen Bundesstaat angekündigt.
Neuseeland: Auckland hebt alle Einschränkungen auf, da nach 10 Tagen ohne Ansteckung das Ende der Restriktionen gerechtfertigt sei.

Redaktion: E. Kartmann
Illustration/Montage: Jill Sandjaja

ÜBERLASTET DER CORONA-VIRUS DAS GESUNDHEITSSYSTEM?

von Prof. Karina Reiß und Prof. Sucharit Bhakdi, Auszug aus dem Buch »Corona – Fehlalarm?«

Die Bilder aus Italien und Spanien haben Angst verbreitet. Schwerkranke Menschen, für die es keine Beatmungsgeräte mehr gibt? Furchtbar.

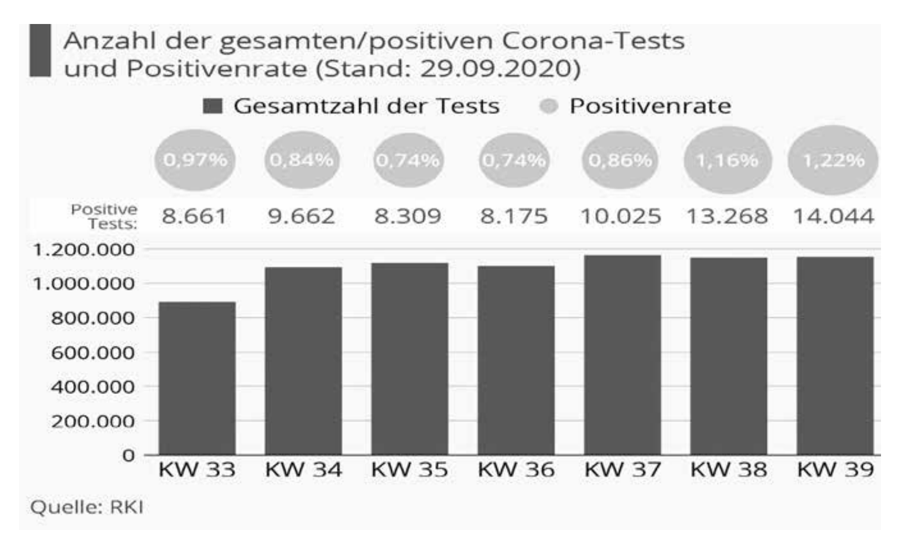
Sie haben uns gezeigt, was passiert, wenn das Gesundheitssystem eines Landes an seine Grenzen und darüber hinaus gerät. Bei allen Überlegungen, was in Deutschland zu tun sei, stand die vom Robert-Koch-Institut (RKI) geschürte Angst im Vordergrund, dass wir solche Szenarien auch in Deutschland nicht ausschließen könnten. Daraufhin haben wir schnell Beatmungsgeräte geordert und Krankenhausbetten frei gemacht, Operationen nach hinten verschoben oder abgesagt... In Berlin wurde extra auf die Schnelle ein neues Krankenhaus für 1.000 Patienten gebaut – in 38 Tagen –, und dann als es fertig war: weit und breit kein Patient...

Schauen wir uns das genauer an. Anfang März 2020 ist klar, die Epidemie rollt durch Deutschland. Ist unser Gesundheitssystem gut gerüstet? Der Präsident der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin, Uwe Janssens, gibt Entwarnung im Deutschlandfunk: »Wir haben genug Intensivbetten!« Selbst wenn es zu so vielen Corona-Infektionen wie in Italien kommen würde. Wir haben ungefähr 28.000 Betten auf Intensivstationen, von denen 25.000 mit Beatmungsgeräten ausgestattet sind, das sind fast 34 Betten auf 100.000 Personen. Das findet man in keinem anderen Land in Europa. Auch Reinhard Busse, Leiter des Fachgebiets Management im Gesundheitswesen an der TU Berlin, entwarnt: »Auch die italienischen Verhältnisse würden uns noch längst nicht überlasten.«

Doch das RKI schürt die Angst. Die »Zahl der Intensivbetten wird nicht reichen«, verkündet Herr Wieler (Präsident des RKI) Anfang April im Handelsblatt. Warum? Herr Wieler: »Die Epidemie geht weiter, auch die Zahl der Toten wird weiter steigen.« Aha, das ist doch mal wieder eine Erklärung. Könnte glatt von einem Tierarzt sein. Nun gut, kommen wir zum Problem. Das Problem war, dass sehr viele Hochrechnungen gemacht wurden, die von Anfang an von den falschen Zahlen ausgingen.

Man ging von der gesamten Anzahl aller Infizierten aus – von 100 % –, ohne zu berücksichtigen, dass bis zu 80 % oder gar 90 % nicht ernsthaft krank würden und 5 % der Infizierten, eher weniger, intensivmedizinische Behandlung oder gar ein Beatmungsgerät benötigen würden. Noch mal zur Klarstellung: Eine Infektion bedeutet das Eindringen und die Vermehrung eines Erregers im Körper. Dieses kann ganz ohne Symptome vonstattengehen. Dann haben wir eine Infektion, aber keine Erkrankung. Wie wir bereits wissen, bleibt bei COVID-19 – genau wie bei den »herkömmlichen« Corona-Viren – ein Großteil der Infizierten ohne schwere Symptome. Wir schauen also auf einen ganz kleinen Anteil an Infizierten, die schwere Verläufe entwickeln, die möglicherweise einen Krankenhausaufenthalt notwendig machen. Ein Krankenhausaufenthalt bedeutet nicht sofort Intensivbett und Intensivbett bedeutet nicht automatisch Beatmungsgerät.

Was Herr Wieler gemeint haben könnte, ist, dass die Anzahl der Infizierten steigt, die die Krankenhäuser fluten könnten. Schade für die verunsicherte Bevölkerung war, dass er es versäumte zu erwähnen, dass bei einer Infektion die erwähnte Unterscheidung zwischen infiziert und erkrankt vorgenommen werden muss UND dass die ganz, ganz große Mehrzahl der Patienten relativ rasch wieder gesundet. Diese »Gesundeten« müssen von der Zahl der positiv getesteten natürlich abgezogen werden, damit man einen realistischen Hinweis auf die tatsächliche Belastung des Gesundheitssystems bekommt. Genau genommen müsste man auch noch die Verstorbenen abziehen, nur sind es so wenige, dass es – so tragisch und traurig auch für jeden Einzelfall – in der Darstellung keinen Unterschied macht.





ÄRZTINNEN UND ÄRZTE IM DEMOKRATISCHEN WIDERSTAND:

Meine Einschätzung der Lage

von Dr. med. Alexander Richter, Mitglied des Demokratischen Widerstandes, Stadland (Wesermarsch)

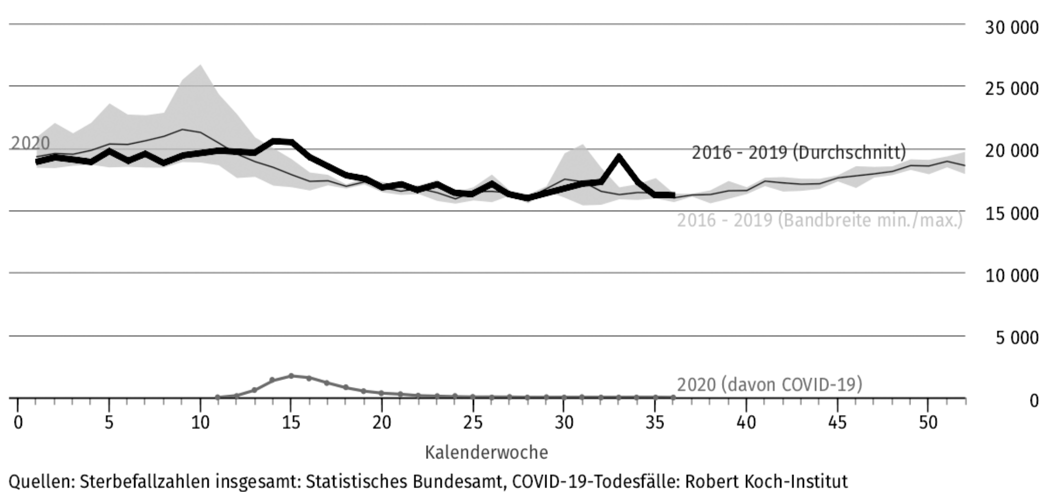
MEDIZINISCH: Als langjähriger Arzt für Chirurgie, Sportmediziner und Notfallmediziner sowie Instruktor für Arthroskopie durfte ich nicht nur in Deutschland, sondern seit 2003 auch in Lateinamerika — vor allem in Mexiko — berufliche und menschliche Erfahrung sammeln. Unter Hinzuziehen aller mir zugänglichen Quellen und in Einklang mit meinem Wissen und meiner Erfahrung, bin ich mit vielen Experten einer Meinung, dass es sich bei der vorliegenden Coronaviruserkrankung um ein Phänomen handelt, das uns Menschen gut bekannt ist, uns jährlich wiederkehrend trifft und mit der normalen Grippe vergleichbare Erscheinungen wie Vorkommen und Mortalität in der Bevölkerung hat. Aus medizinischer Sicht besteht weder Grund zu besonderem Handeln noch zu übermäßiger Vorsicht. Besonders anfällige Personen sollten sich entsprechend sinnvoller Vorgaben individuell schützen.

POLITISCH: Die medizinisch nicht begründbare weltweite Panik und Hysterie ist meines Erachtens bewusst politisch induziert. Die nicht nur in Deutschland getroffenen, der medizinischen Lage nicht angemessenen Maßnahmen übersteigen bei weitem die erforderliche Verhältnismäßigkeit. Die Einschränkung beziehungsweise Aufhebung gravierender Grundrechte sowie die Art und Weise der Änderung der Gesetzgebung ist mit nichts zu rechtfertigen. Wir laufen unter Aushebelung der Grundgesetze Gefahr, uns einer massiven globalen und diktatorischen Kontrolle unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Gesundheit unterwerfen zu müssen. Dies muss mit allen zur Verfügung stehenden friedlichen Mitteln verhindert werden.

»Wäre uns der Virus nicht aufgefallen, hätte man vielleicht gesagt, wir haben dieses Jahr eine schwerere Grippewelle«
Prof. Streeck, Virologe der Universitätsklinik Bonn

»Hätten wir nichts von diesem neuen Virus da draußen gewusst und hätten wir keine Menschen mit PCR getestet, wäre uns die Anzahl der Gesamt-Todesfälle durch grippale Infekte in diesem Jahr nicht ungewöhnlich erschienen.«
Prof. John Ioannidis, Professor für Epidemiologie und Bevölkerungsgesundheit, Stanford Universität, USA

»Dieser Crash ist gewollt«
Dirk Müller, Finanzexperte



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die obenstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen im Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Der Sars-Cov-2-Virus (Corona) existiert. Er ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden.

Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich — oder gar menschheitsbrohend —, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

Zum Tag der Deutschen Einheit: Die Dem manifestierte sich in Nord und Süd, Ost u



Vom Ernteeinsatz gings mit dem Traktor direkt nach Berlin zur Demonstration für Frieden und basisdemkratische Verfassungserneuerung

BERLIN BERLIN

von Hendrik Sodenkamp und Batseba N'Diaye

Das Wochenende der Einheitsfeierlichkeiten. Der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) verkündet das zu erwartende: »Viel geleistet, es gibt noch Handlungsbedarf, weiter so!«

Sogar im Propagandablatt der Bundesregierung »schwarz-rot-gold« stehen derweil andere Zahlen: ***60 Prozent der Westdeutschen und gar 78 Prozent der Ostdeutschen sind nicht sehr oder ziemlich zufrieden mit der Demokratie in Deutschland.*** Das hat gute Gründe und äußert sich auch an diesem Wochenende in Demonstrationen in der gesamten Republik.

In Berlin wurde Christian Drosten am vergangenen Donnerstag gleich zwei Preise verliehen. Dafür, dass er die Bevölkerung mit seinen Fehleinschätzungen in Angst und Schrecken versetzte, heftete ihm Steinmeier im Schloß Bellevue das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ans Revers. Jenseits des hohen Zaunes, der die Coronafeier vor der eigenen Bevölkerung schützen soll, kamen um die 100 Menschen zusammen, um den Hofvirulogen mit der »Großen Clownsnase mit spitzer Nadel am ehernen Band« zu beehren. Der Berliner Captain Future hatte hierzu eingeladen und bereitete dem Preisträger einen angemessenen empfang. Vor dem Bundestag fand am Freitagnachmittag, den 2.10. die nächste Versammlung statt. Eingeladen hatte die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand, Querdenken 30 und Captain Future. Bereits im Vorfeld hatten die Organisatoren mit erheblichen behördlichen Schikanen zu kämpfen. Offiziell angemeldet waren seit Wochen zwei leistungsstarke Großtraktoren als Bühne sowie eine Hüpfburg.

Am Vorabend der Versammlung kam die Order der Polizei an die Veranstalter, dass eine Genehmigung einzuholen sei, um die Bühne und die Hüpfburg am dem Platz der Republik aufzubauen. Begründung: Es muss ein statisches Gutachten vorliegen, dass der gepflasterte Platz vor dem Bundestag nicht einbricht, wenn etwas darauf abgestellt wird. Zu diesem Zeitpunkt ging es nicht mehr um die leistungsstarken Großtraktoren, sondern um eine mobile Bühne mit dem Gewicht eines Kleinfamilienwagens.

Nachdem das zuständige Grünflächenamt im geruhsamen Berliner Tiergarten seit Tagen nicht auf die schriftlichen Anfragen geantwortet hatte und das Telefon nicht bedienen wollte, gingen die Organisatoren dort vorbei, um die Beamten aus der Mittagspause zu holen. Die Mitarbeiterin sagte klar: »Ich mag Eure Versammlung nicht und ich habe die Weisung, keine Genehmigung zu geben.« *Thank you for your service.* Den offiziellen Bescheid ließ sie den Organisatoren zwei Stunden vor Versammlungsbeginn zukommen, sodass der Rechtsweg aus zeitlichen Gründen nicht mehr eingeschlagen werden konnte.

Die mobile Bühne, welche günstig für die Veranstalter gewesen wäre, war verboten. Stattdessen musste eine teurere angemietet werden, welche von der Straße auf den Platz getragen werden musste, um dort aufgebaut zu werden. Diese war dafür größer und schwerer als die ursprünglich geplante. Soviel zur Sorge, dass der Platz der Republik einbricht, wenn 20 Menschen darauf herum hüpfen. Die gesamte Bundestagswiese war in der Nacht vor der Versammlung vom Grünflächenamt mit Gittern abgesperrt worden. Auf dem schmalen Korridor zwischen den antidemokratischen Schutzwällen am Rasen und dem Regierungsgebäude kamen dann 600 Menschen zusammen.

Es sprachen die Herausgeber dieser Zeitung sowie Anke Wolff und Daniel Ré von der Demokratischen Gewerkschaft, dazu der Journalist Uli Gellermann.

Die Notwendigkeit und die immer bestehende Möglichkeit, das Grundgesetz liberaler, sozialer und demokratischer zu gestalten, wurde angesprochen und von der Versammlung angenommen. Michael Ballweg von Querdenken 711 kündigte die nächste Großdemonstration in Berlin am Silversterabend, den 31.12.2020 an.

Dann war Schluss. Seit Stunden drängte die Polizei mich, den Versammlungsleiter, dazu die verfassungsbrüchige Mundschutzpflicht durchzusetzen. Mehrmals musste ich Redebeiträge unterbrechen und den Auflagenbescheid vorlesen. Viele kamen dieser Auflage nach, einigen wollten aus guten Gründen nicht, andere hatten ärztliche Atteste. Das alles war der Polizei egal. Sie kontrollierten es auch nicht. Sie wollten die Versammlung beenden.

Insgesamt war geplant, dass die Versammlung sieben Stunden lang dauern würde, mit noch dutzenden vorbereiteten und angereisten Rednerinnen und Rednern vor dem Bundestag, mit einem Aufzug unter den Linden und einer Endkundgebung auf dem Rosa-Luxemburg-Platz. Nach nur einer Stunde Dauer sprach der Polizist das Machtwort: Entweder beenden Sie jetzt friedlich, oder wir gebrauchen Gewalt.

Wir beendeten die Versammlung, damit nicht wieder Schwangere, Kinder und ältere Menschen verprügelt werden. Der Glaube, dass Spontandemonstrationen noch nicht abgeschafft worden seien, war ein Irrtum. Die Beamten lehnten zwölf proklamierte Spontandemonstrationen gegen den erneuten akuten Verfassungsbruch mit der Geisel-Argumentation ab: Es sei zu erwarten, dass sich nicht an die Hygieneauflagen gehalten werde. Eine Argumentation, die laut Urteil des Verwaltungsgericht rechtswidrig ist. Vor Ort aber konnte nicht dagegen vorgegangen werden.

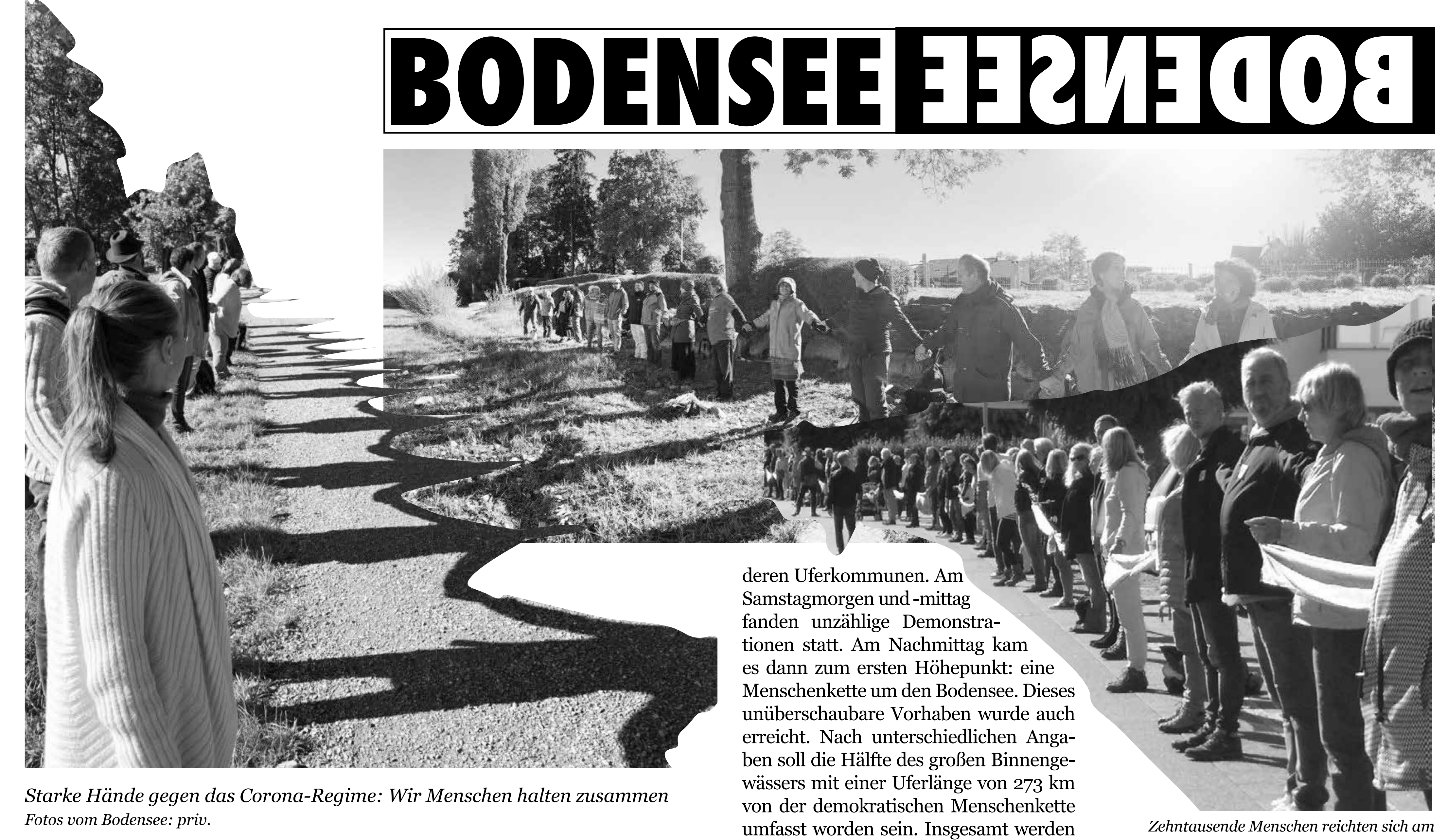
Aus der Versammlung bildeten sich mehrere Gruppen, die durch Berlin spazierten. Captian Future zog mit siebzig Menschen zum *ARD*-Hauptstadtstudio und demonstrierte dort für einige Zeit, bis



Es reicht. — Anselm Lenz und Hendrik Sodenkamp beendeten die Versammlung und kamen so der gewaltsamen Auflösung durch die instrumentalisierte Polizei zuvor.

Fotos (Berlin): Hannes Henkelmann

BODENSEE



Starke Hände gegen das Corona-Regime: Wir Menschen halten zusammen
Fotos vom Bodensee: priv.

Zehntausende Menschen reichten sich am Bodensee die Hände für ein Ende der Corona-Lüge, Unabhängigkeit und die basisdemokratische Revolution in Deutschland.

nokratiebewegung und West

sie wieder vertrieben wurden. Der Tross zog zum Brandenburger Tor, verfolgt von sechs Einsatzfahrzeugen.

In der Nacht versammelten sich dutzende Menschen dann im Tierpark und tanzten im Peacecamp. Ein Ort, der als erholsames Basislager aufgebaut worden war. Eine Gruppe beamte auf das Bundeskanzleramt als Ankündigung vom Titelblatt dieser Zeitung, »Berlin wird befreit.«

Am Samstag fand dann ein Sternmarsch statt. Die Freedom Parade von Captain Future kam aus dem Osten aus Friedrichshain mit Hunderten. Aus dem Westen kam die Peaceparade. Am Brandenburgenburger Tor versammelten sich dann viele hundert Menschen beim Demokratischen Forum, um für Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Demokratie zu demonstrieren. Im Anschluss soll ein konspiratives Treffen in einem Keller im Osten Berlins stattgefunden haben. Die Redaktion erreichten unter dem Titel »Operation Waldmichel« Pläne zur Besetzung des *ARD*- und des *ZDF*-Hauptstadtstudios sowie des *RBB* und des *taz*-Komplexes, um von dort aus auf Sendung zu gehen.

Zeitgleich am Bodensee. Mehrere zehntausend Menschen kamen allein in Konstanz zusammen. Ebenfalls in den anderen Uferkommunen. Am Samstagmorgen und -mittag fanden unzählige Demonstrationen statt. Am Nachmittag kam es dann zum ersten Höhepunkt: eine Menschenkette um den Bodensee. Dieses unüberschaubare Vorhaben wurde auch erreicht. Nach unterschiedlichen Angaben soll die Hälfte des großen Binnengewässers mit einer Uferlänge von 273 km von der demokratischen Menschenkette umfasst worden sein. Insgesamt werden dafür wohl fünfzig bis hunderttausend Menschen da gewesen sein. Ein Überblick ist schwerlich zu bekommen.

Die friedlichen Demonstrationen gingen bis in die Abendstunden, begleitet von einer nicht ganz kleinen Gruppe von Antifa-Darstellern, die mit möglichst sinnfreien Slogans wie »Impfzwang bis zum Kommunismus« versuchten, auf sich aufmerksam zu machen. Am Sonntag kam es dann noch zu einer großen Demonstration in Konstanz mit zehntausend Menschen. Viel Raum nahm der Angriff einer augenscheinlich verwirrten Regierungstruppe ein. Diese warf Feuerwerkstechnik, sogenannten Bengalos, auf die friedliche Demokratin Friederike Pfeiffer-de-Bruin. Glücklicherweise wurde sie und niemand ernsthaft verletzt.

Die Polizei, die für die Sicherheit der Versammlung zuständig war, weigerte sich trotz Drängen der Demokraten ihrer Aufgabe nachzukommen und Hinweise auf die Täter und den Tathergang aufzunehmen. Erst die zu Hilfe gerufene Kriminalpolizei nahm die Beweise auf.

Das Wochenende hat gezeigt, dass sich die Demokratiebewegung nicht einschüchtern lassen wird und dass sie auch nicht verschwindet, wenn hier und dort in den Medien mal ein wissenschaftlicher Bericht erscheint. Der Winter kommt, der Wind weht kälter und Demonstrationen werden wohl seltener. Nach über sechs Monaten Widerstand haben sich jedoch in der Demokratiebeweung stabile Strukturen gebildet. Diese sind bereit und in der Lage, die Auseinandersetzung mit anderen friedlichen Mitteln fortzuführen.

ken machen mund-t: Ein Paar übt sein etztes bisschen Meinungsfreiheit aus.

SKANDAL! Reichsbürger aus Äthiopien stürmten Bundeskanzleramt plus Projektion des Invasionsplanes



Bild: Fotomontage mit dem Protest einer afrikanischen Gruppe beim Besuch des schwedischen Ministerpräsidenten und der Projektion vom Abend des 3. Oktobers 2020 auf das Kanzleramt.

GROẞE DEMOTERMINE DER WOCHE:

Datum	Ort	Veranstaltung
Bis 31.10. 2020(?), ganztägig	Berlin, beim Tipi am Kanzleramt	Querdenken Camp - Zentrale Außenstelle Berlin Protestcamp
10.10. 2020, 11:59 Uhr	Berlin, Adenauerplatz	Der Schweigemarsch Wir müssen reden! www.der-schweigemarsch.de
10.10. 2020 14:30 Uhr	Berlin, Parkplatz Messe Nord	Autokorso #5 Die Liebe durchzieht Berlin
10.10. 2020 14-19 Uhr	Potsdam, Luisenplatz	Multikulturelles Freiheitsforum (Anwälte für Aufklärung, Die Basis)
10.10. 2020 14-19 Uhr	Bonn, Hofgarten	Imagine! Wege aus der Krise
10.10. 2020 15-17 Uhr	Bühl (Baden), Hauptstraße 47	Immunität für Grundrechte, Freiheit und soziale Sicherheit
10.10. 2020 14:00	Minden, Marktplatz	Kundgebung Die Pandemie ist zurück! - Satire
10.10. 2020 15-17 Uhr	Nordhorn, Marktplatz	Pandemie?! Zweite Welle?! Alte Kirche am Markt (Querdenken-591)
11.10. 2020 11 Uhr	Berlin, Brandenburger Tor	Wir werden reden! (Querdenken-203, Querdenken-231, Querdenken-9371)
11.10. 2020 15:30-19:00 Uhr	Nürnberg, Westpark	Schüler/Innen gegen die Maskenpflicht, Deutschland, Zeig mirdeinlaecheln.de
12.10. 2020 18-21 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerhöhe	Montagstreff auf der Schillerhöhe (Querdenken-7144 Marbach)
12.10. 2020 19:00-20:30 Uhr	Krefeld, Theaterplatz	Demonstration für Menschenrechte, Grundgesetz und Freiheit
17.10. 2020 15-17 Uhr	Bühl (Baden), Hauptstr. 47	Immunität für Grundrechte, Freiheit und soziale Sicherheit
18.10. 2020 19:00-20:30 Uhr	Dortmund, Hansaplatz	Friedlicher Herbst-Spaziergang für Grundgesetz & Menschenrechte zur Stärkung des Immunsystems, gemeinsam gegen Covid-20/21 ! (Querdenken Dortmund/Duisburg/ Miltenberg)
15.11. 2020 15 Uhr	Düsseldorf, Rheinkirmes-Festplatz	KinderLächeln ohne Angst - Festlicher Lichter-Spaziergang für Grundgesetz & Menschenwürde unschuldiger Kinder (Querdenken Dortmund/Duisburg/Miltenberg)



DARUM FAHREN WIR AUS KÖLN NACH BERLIN ZUM SCHWEIGEMARSCH

von Marco Bennotti und Bianca Paffenholz

Wir von der *Flüsternden Mahnwache am Montag* und *koeln-ist-aktiv.de* von den Samstagsdemos, veranstalten beide schon seit Mai 2020 Demonstrationen für unser Recht und unsere Freiheit. Nach dem 1.8.2020 und 29.8.2020 in Berlin, muss jedem klar sein, welcher Effekt von einer Großdemonstration ausgeht.

Deshalb fahren wir am 10.10.2020 auch wieder nach Berlin und nehmen erneut die Gelegenheit wahr, ein klares Zeichen auf die Straßen zu bringen. Wie das Motto dieser Demonstration »Es ist alles gesagt« schon unterstreicht, kann niemand mehr sagen, er hätte es nicht gewusst. Wir müssen alle zusammenhalten und an einem Strang ziehen. Anreisetag wird der Freitag sein und nach Möglichkeit veranstalten wir eine Spontandemo an diesem Abend unmittelbar nach unserer Ankunft in der Hauptstadt.

Eine weitere Großdemonstration wird am Mittwoch, 11.11.2020 um 11:11 Uhr der *Karneval der Liebe in Köln* sein. Da in Köln diese lange Tradition wegen des »Krieges auf den Körper« ausfällt, werden wir, das »Kölner Dreigestirn« – Bianca (Samstagsdemo), Jay (Sonntagsmahnwache), Marco (Montagsmahnwache) – einen *Karneval der Liebe* veranstalten.

KÖLNER KARNEVAL DER LIEBE AM 11.11.2020

Unter dem Motto »Wir sind Menschheitsfamilie« werden wir die Tradition aufnehmen und in seinen Urzustand transformieren. Die ursprüngliche Form von Karneval war ein Sich-Lustig-Machen über die Obrigkeit. Beim Karneval wurden Gesetze außer Kraft gesetzt. Nach einem kurzen Auftakt starten wir einen Demonstrationszug durch die Kölner Innenstadt. Nach dem Zug wird es eine längere Abschlusskundgebung geben. Auf dieser Veranstaltung setzen wir den Schwerpunkt auf die Lebensfreude. Ein DJ, diverse Musiker und Redner werden sich stimmungsvoll miteinander arrangieren.

Netzwerk



Übersichtskarte zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung nichtohneuns.de. *Siehe auch* querdenken-711.de, BewegunGLeipzig.de *und viele weitere.*
Demotermine gern übersichtlich und einfach melden an demokratischerwiderstand@protonmail.com.



DANKE: Mit Ihrer Spende an die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. unterstützen Sie den Druck dieser Zeitung, die Aufklärung und die Arbeit für die Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. – Verwendungszweck »Vereinsspende« an Lenz/KDW, IBAN GB77 REVO 0099 7016 8700 94.



Illustration von Jill Sandjaja

Kommt bei der Demokratiebewegung nicht vor: Das große Fressen der kleinen Fische (in der Illustration Cowboy-Minister Peter Altmaier, CDU, im Auftrag des Corona-Imperiums). Eine Vielzahl dezentral organisierter Gruppen, die seit einem halben Jahr bundesweit die Revolution organisieren, sind mit eigenen Kundgebungen, eigenen Spendenkonten bundesweit überall aktiv. Die dezentrale Organisation impft vor Angriffen durch die Regierung und der weitgehend gleichgeschalteten Justiz.

DER NIEDERGANG DES REGIMES

Ein Plädoyer für einen Bruch mit den neo-faschistischen Herrschaftseliten und Wege in eine bessere Gesellschaft *von Ullrich Mies*

Folgt man dem konservativen Historiker Professor David Engels, so befinden sich Deutschland, Europa, ja, das westliche Abendland insgesamt im Abwärtsstrudel eines nicht mehr aufzuhaltenden Endstadiums. Nach Engels sind wir konfrontiert mit einem politischen, ökonomischen, kulturellen und gesellschaftlichen Zerfall. Alles sei auf dem falschen Weg und die Verfallserscheinungen wären bereits soweit fortgeschritten, dass eine Umkehr zum Besseren unwahrscheinlich sei.

Nach persönlichen Anfeindungen und einem gegen ihn gerichteten Kesseltreiben emigrierte Engels von Brüssel in die osteuropäische Peripherie nach Warschau. Sein neuestes Buch »Was tun? Leben mit dem Niedergang Europas« erschien im Renovamen-Verlag in der 2. Auflage, 2020. Dieses Buch möchter der DW-Autor hier nicht besprechen, stattdessen dem Demokratischen Widerstand einige Anregungen geben. »Wann wird es soweit sein, dass die europäische, vielleicht gar die westliche Welt implodiert?«, fragt Engels. Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte der Dunkelheit, seien die voraussichtliche Folge einer allen Traditionen und Werten entfremdeten »Zivilisation«, so Engels.

Der desaströse Zustand der westlichen Staatenwelt sei das Ergebnis des Zusammenspiels zahlreicher Kräfte und Faktoren. Um nur einige zu nennen: die Macht des Finanzkapitals und die erschreckenden Komplizenschaft der Politik, die Reichtumskonzentration, die zu erwartende Massenarmut, die gezielte Kulturzerstörung, endlose Kriege und Flüchtlingsströme, die geförderte Massenmigration mit dem Ziel gesellschaftsspaltender Desintegration, die verheerenden Auswirkungen der Mainstream-Medien auf den Geisteszustand der Mehrheitsbevölkerung, die Psychopathologie der Machtzentren, die gezielte Verdummung der jungen Generation durch miserable Bildung und in deren Folge die Zerstörung ihrer Urteilskraft. Den kritischen Geistern ist dies alles bekannt, und auch wenn ich Engels' konservativer Fundierung, seiner Idealisierung des Mittelalters und des christlichen Glaubens nicht folge, so kann der Widerstand David Engels' Einschätzungen zum Zustand des Abendlandes sicher in weiten Teilen folgen.

Was Engels' Buch für mich wertvoll macht, sind seine Schlussfolgerungen, die in ihrer Radikalität und Konsequenz ihresgleichen suchen: Er vollzieht den totalen Bruch mit dem durch und durch verkommenen Herrschaftsbetrieb der kollabierten westlichen Demokratien, distanziert sich aber auch von der gehirngewaschenen, konsumfixierten, sinnentleerten Untertanen-Mehrheitsgesellschaft und ruft zum Widerstand gegen den Staat als Herrschaftsinstrument dominanter Interessen korrupter Parteien und deren Satrapen auf. Auch gelte es, die Sprache zurückzuerobern und »die tatsächliche Bedeutung der Worte wiederherzustellen«. Die Mehrheitsgesellschaft sei hoffnungslos verloren, eine Auseinandersetzung mit ihr führe in aller Regel zu nichts und sei darum Energieverschwendung. Von lernresistenten Menschen des eigenen persönlichen Umfeldes müsse man sich dem eigenen Seelenfrieden zuliebe trennen.

»Wenn der Preis für unsere Ehrlichkeit mit uns selbst die Feindseligkeit unserer Nächsten und Bekannten ist, wie könnte man da einen Augenblick zögern, diese ihrem Schicksal zu überlassen, denn welchen Wert kann ein Leben schon haben, das dauerhaft auf der herablassenden Duldung und der Angst vor dem scheelen Blick der anderen beruht? Und man wird sehen, dass sobald diese Haltung zu einer dauerhaften Gewohnheit geworden ist, man es bald nicht mehr nötig hat, auf den anderen zuzugehen und sich ihm anzupassen, um in Ruhe und Frieden leben zu dürfen, sondern ganz im Gegenteil andere Menschen allmählich zu uns strömen werden, sei es weil sie uns ähnlich sind, sei es, weil sie uns ähneln wollen, so dass sich ganz allmählich ein neuer Gesellschaftskreis formen wird, gestaltet nach dem Vorbild unserer eigenen Person.«

Zweifellos muss sich der Widerstand jeden weiteren Schritt gut überlegen, sollen die noch vor uns liegenden Anstrengungen erfolgreich sein. Wir müssen unser Grundgesetz zurückerobern, die neofaschistischen »Eliten« in Politik und Massenmedien entmachten, eine Verfassungsgebende Versammlung einberufen, demokratische Würde und Selbstbestimmung erlangen.

Diesen Kampf dürfen wir nicht aufgeben. Aus meiner Sicht darf der Widerstand keinesfalls nachlassen und muss den nekrophilen Tätern, die uns in die verheerende gegenwärtige Lage versetzt haben, die Stirn bieten und wenn möglich, zur Verantwortung ziehen. Eine neue Gesellschaft in Frieden und Freiheit zu gründen, muss das Ziel sein. Dies geht nicht ohne den Versuch, Teilen der Mehrheitsgesellschaft die Hand zu reichen, um diejenigen, die zumindest ein Gefühl dafür haben, dass es so nicht weitergehen kann, ins Lager der Demokraten aufzunehmen. Dass dies nur bei einem kleinen Teil gelingen kann, dürfte klar sein.

SCHULDHAFTE KOMPLIZEN

Die »offizielle Linke«, aber auch viele, die sich »irgendwie links fühlen«, wie die Reste der Sozialdemokratie oder die hysterisch-kriegsgeilen NATO-Grünfinken und -Grünfinkinnen haben sich im Rahmen des Corona-Terror-Regimes zu schuldhaften Komplizen des Ausnahmezustandes der transnationalen »Eliten«-Faschisten gemacht.

Da »die Linke«, oder was noch von ihr übrig geblieben ist, zu weiten Teilen als Bündnispartner des Widerstandes ausfällt, bleibt dem Demokratischen Widerstand das strategische Bündnis mit den Millionen Betroffenen des kollabierenden Klein- und Mittelstandes, den die Initiatoren und Hintermänner des Corona-Faschismus gnadenlos abräumen wollen. Um nur einige zu nennen, ächzen der Tourismussektor, das Hotellerie- und Gaststättengewerbe, die Schausteller sowie der gesamte Kulturbetrieb unter dem Corona-Terror inklusive der darstellenden und bildenden Künstler, der Musiker und so weiter. Ihnen allen zerstören die kriminellen Herrschaftscliquen durch den Lockdown oder noch folgende Lockdowns die ökonomische Existenz und damit planvoll ihre Lebensgrundlage. Wenn die kulturlosen Hasardeure des »Eliten«-Faschismus eines nicht brauchen, dann ist es ein funktionierender Regime-kritischer Kulturbetrieb.

Dem korrupten und demokratiefreien Herrschaftsbetrieb reicht es, Salon-Linke und Corona-Regime-Beispringer um die Bänkelsänger Udo Lindenberg, Wolfgang Niedeggen und Konstantin Wecker an ihrer Seite zu wissen. Ihnen ist völlig klar, dass der Demokratische Widerstand nur »rechts« zu verorten sein kann, auch wenn sie als »Gefühls-Linke« den Teufelspakt mit den transnationalen »Eliten«-Faschisten und Rechtsnihilisten eingegangen sind. Diese Corona-Regime-Beispringer haben ein feines Gespür dafür, dass der eigene Widerstand gegen die Merkel-Steinmeier-Verfassungsputschisten und ihre angeschlossenen Transatlantiker-Netzwerke für sie im deutschen Kulturbetrieb das Aus bedeutet. Dem Kampf gegen Merkel-Diktatur und »Eliten«-Faschismus sollte der Widerstand jedoch nur einen Teil seiner Energie widmen. Wir dürfen uns nicht darin verausgaben oder verzehren, wie es viele von uns aus Verzweiflung über die kranken Zustände tun.

KRAFT SCHÖPFEN

Darum müssen wir einen wesentlichen Teil unserer Anstrengungen — und darin stimme ich Engels uneingeschränkt zu — uns selbst widmen und in positive Werte, Traditionspflege, menschlichen und kulturellen Zusammenhalt investieren: Die letzte Möglichkeit für das eigene Überleben liegt heute einzig noch in der Gründung dezentraler autarker Hotspots des Widerstandes, abseits der Großstädte. Diese neuen Gemeinschaften dienen der Gesundung der Seele, der Sicherung des eigenen Heils und des inneren Friedens, der Mitmenschlichkeit, der Konservierung der über Jahrhunderte gewachsenen kulturellen, handwerklichen, geistigen und spirituellen Errungenschaften des Abendlandes, des positiven Zusammenlebens mit Natur und Tieren.

Dem Fazit Engels' stimme ich uneingeschränkt zu: Diese letzten Inseln, die nach dem unausweichlichen ökonomischen, politischen und moralischen Zusammenbruch des Westens oder sogar noch kommender möglicher Kriege und Bürgerkriege in Europa verbleiben, sollen »die Fackel« der kulturellen Erneuerung weitertragen. Positive neue Gemeinschaften im Geiste zu gründen, die vollkommene wirtschaftliche und geistige Autarkie bei gleichzeitiger Vernetzung unter den Hotspots zu erlangen, sei angesichts des sich abzeichnenden Verfalls überlebensnotwendig.

NEKROPHILES KARTELL

Die Älteren unter uns können den Zustand der Republik und Europas zur Wendezeit 1989/90 mit dem desaströsen Zustand vergleichen, in dem wir heute stecken. Die »Eliten«-Faschisten des Merkel-Steinmeier-und-gleichgeschalteten Parteien-, Medien- und NATO-Transatlantiker-Kriegstreiber-Kartells haben unser Land und Europa nach der Wende bis heute zur Unkenntlichkeit entstellt und kaputt regiert. Auch fahren sie auf ihrem Weg in den Abgrund ungebremst fort. Parallel zum Corona-Terror eskalieren sie die Spannungen mit Russland, winseln um die Erlaubnis des US-Imperiums, die Pipeline Nord Stream 2 doch noch ihrer Bestimmung übergeben zu dürfen. Dafür sind sie sogar bereit, Milliarden an Bestechungsgeldern zu zahlen und in Hafenanlagen zu investieren, um das US-amerikanische Fracking-Flüssiggas den deutschen Endverbrauchern zu Hochpreisen aufzunötigen.

Das neofaschistische Merkel-Steinmeier-Komplott wider Grundgesetz, Rechtssicherheit und fundamentale Interessen der deutschen Bevölkerung ist schon lange nichts anderes mehr als die Statthalter-Kommandantur US-amerikanischer Interessen. Der verheerende Zustand Europas und Deutschlands ist ohne die Unterwerfung des Merkel-Steinmeier-Komplotts unter US-Wirtschafts- und Kriegsinteressen sowie deren Geheimdienste nicht zu verstehen. Siehe hierzu: Gerd R. Polli, Deutschland zwischen den Fronten. Wie Europa zum Spielball von Politik und Geheimdiensten wird, München 2017.

Das Corona-Komplott ist das finale Stadium der Fortsetzung einer politischen Verbrechensorgie, in dem die Menschen nun einer rechtsnihilistischen Gesundheitsdiktatur als Laborratten unterworfen werden. Siehe hierzu: Michael Morris, Lockdown, Fichtenau 2020.

Was das Leben im öffentlichen Raum so unerträglich macht, ist der Anblick der angsterfüllten und konditionierten Masse autoritätshöriger Maskenheloten, die sich in ihre Opferrolle fügen. Sie schalten freiwillig die »Volksempfänger« ein, lesen den geistigen Abraum der Herrschaftsmedien, um sich — wie abhängige Junkies — Tag für Tag die Infektions- und Abstandspropaganda verbrecherischer Elemente des Politik-, Medizin- und Medien-Establishments in die Hirne zu träufeln. Und dies, während im Schatten der aufziehenden Gesundheitsdiktatur die Verbrechen und Skandale des herrschenden Politikbetriebes unvermindert weitergehen, ohne dass die Maskenmenschen offensichtliche Zusammenhänge herstellen.

Alles ist Absicht. Alles hatten die transnationalen »Eliten«-Faschisten über Jahre geplant und nur den geeigneten Zeitpunkt abgewartet, ihr globales, diktatorisches Regime in Szene zu setzen. Corona-Schwindel und Masken-Terror dienen über Angstproduktion und Social Distancing allein dem Ziel des Übergangs in die Vierte Industrielle Revolution.

Der Mitmensch als Viren-, Bakterien- und Krankheitsschleuder. Darauf muss man erst einmal kommen!

Ullrich Mies ist Mitglied der DW-Redaktion und Sozial- und Politikwissenschaftler. Er studierte in Duisburg und Kingston/Jamaica.

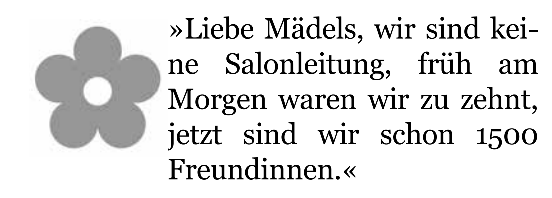
MASKEN UND GESICHTER DER MINSKER AUFSTÄNDE

Nach der brutalen Niederwerfung der Augustproteste gingen Frauen auf die Straßen von Minsk. Der Frauenmarsch verfolgt keine ausgeprägte feministische Agenda. Vielmehr dient er dazu, den friedlichen Charakter des Protestes zu betonen.

von Ilia Ryvkin, Minsk

Wer sind Frauen, die auf Minsker Strassen gehen? Was bewegt sie dazu? Inwiefern steckt hinter den Protesten der Westen? Mit diesen Fragen besuchte unser Korrespondent Ilia Ryvkin den Minsker Frauenmarsch.

»Liebe Mädchen, ACHTUNG! Wir haben alle Annoncen von dem Schönheitssalon am Sportpalast gelöscht, da der Kosmetiker dort alle Haare von Fersen bis zu Achselhöhlen brutal wegreißt. Jede entscheide auf eigenes Risiko, den Salon zu besuchen!«



»Liebe Mädels, wir sind keine Salonleitung, früh am Morgen waren wir zu zehnt, jetzt sind wir schon 1500 Freundinnen.«

»Ich schließe den Chat über die Nacht, Passt auf euch und eure Freundinnen auf.«

»Hey alle Lieben! Kann ich noch Freundinnen anmelden, oder sind alle Termine schon vergriffen?«

Unter einem Besuch des Schönheitssalons ist im Telegramm-Chat »Nägelchen & *Sugaring*« eine Beteiligung am Frauenmarsch gemeint und unter einem Kosmetiker, der »alle Haare von Fersen bis zu Achselhöhlen wegreißt« ist das brutale Sondereinsatzkommando zu verstehen. Anhand des ironischen Chats wird schon ein Unterschied zwischen dem Frauenbild des belorussischen Protestes und dem des westlichen *Gendergaga-Feminismus* sichtbar.

WIE IN BERLIN: DAS VOLK IST WILL DIE MACHT SELBST ÜBERNEHMEN

Bei der Auflösung des letzten Frauenmarsches wurden mehr als dreihundert Teilnehmerinnen festgenommen. Ich wollte mir den Arrest sparen und flüchtete in ein Café hinter der Straßenecke. Zwei Mädels folgten mir und gesellten sich an meinen Tisch. Wir bestellten Wein und taten so, als ob wir keine Ahnung von nichts hätten. Die beiden unterhielten sich über ihr *Business*. Ja, die Damen sind in der Schönheitsbranche tätig, kein *Fake*, kein Witz! Dass es ein solch höchst unpolitisches Milieu in den Straßenkampf zieht, war mir bis dahin unvorstellbar gewesen.

Als die Lage sich draußen entspannte, und ich das Café verließ, rief mich eine junge Dame beim Namen. Ich erkannte sie, es war T. Wir lernten uns vor ein paar Jahren in einer der abgelegensten Ecken des Berliner Techno- und Musikclub-Nachtlebens kennen. Damals führte sie einen *Travel-Blog* für Backpacker und war alles andere als politisch. Das änderte sich mit der Verhaftung des liberalen Politikers und Kulturmäzens Wiktor Babariko. An jenem Tag, dem 28. Juli stand T. vor dem KGB-Gebäude, um als freiberufliche Fotografin zu dokumentieren, wie man eine Bürgschaft für die Freilassung des Politikers beantragte. Doch entgegen ihrer Erwartung, schob sich vor den Eingang keine Menschenschlange. Die Straße war leer. Aus einem Minibus sprangen Vermummte und packten alle Anwesenden. Die Liste der Festgenommenen lautete wie folgt:

- ein Typ, der seinen Kaffee trank,
- ein Typ, der eine Zigarette rauchte,
- ein Mädchen, das bei ihm stand,
- ein Typ, der gerade aus der U-Haft entlassen wurde,
- ein Mädchen, das doch ihre Bürgschaft für den Politiker abgeben wollte und sie, T., eine Fotografin.

Zwei bis drei Stunden verweilten sie im Innenhof des Polizeireviers, Gesicht gegen Mauer. Es regnete dreimal.

Heute war T. wieder auf dem Weg zum naheliegenden Polizeikommissariat, da die dreiundsiebzigjährige Nina Baginskaja, eine lebende Legende des belorussischen Protestes, gerade entlassen wurde. Seit mehr als dreißig Jahren ist Baginskaja im Einsatz für die belorussische Erinnerungskultur. Tag für Tag ging sie allein auf die Straße mit der weiß-rot-weißen Fahne. Ich entschied, T. zu folgen, und sah gleich vor dem Reviereingang Frauen, die sich mittels Gegensprechanlage über den Verbleib ihrer Freundinnen erkundigten.

»Nicht so schnell, bitte!«, rief die Stimme aus der Anlage, »Eure Liste ist zu lang!«

»Dann sollten sie nicht so viele auf Einmal festhalten!«, antworteten die Mädchen.

Nina Baginskaya stand auf der Eingangstreppe, stramm und hager, graue Haare kurz geschoren, graue Augen leuchtend. Die Aktivistin sprach fest und überzeugt: »Ein Generalstreik ist notwendig, aber ungenügend. Keine Steuer und keine Mieten zu begleichen, nicht mal ein U-Bahn Ticket zu erwerben, das wäre das richtige!«

Sie führte scherzhaft weiter aus, »als die Gesamtsumme meiner Geldstrafen 16.000 Dollar überstieg, habe ich ohnehin schon aufgehört zu zählen. Ein wirtschaftlicher Zusammenbruch ist kein zu hoher Preis für die Freiheit! Auch bei Brot und Wasser übersteht unser Volk. Dazu kommen ja noch mal Feldkräuter.«

Wenn Nina Baginskaya zur Sabotage aufruft, trägt sie die Konequenzen ihrer Politik auch selber. Wenn die Apelle aus dem Ausland erklingen, von jemandem, der keine persönlichen Risiken trägt, kommen diese im Lande nicht so gut an.

»Kein Interesse an EU-Fahnen und Masken«

So fand der Aufruf des jungen New-Media-Stars »NEXTA« zum Generalstreik an bei den zweieinhalb Millionen Abonnenten seines Telegramm-Kanals vergleichsweise wenig Anklang. Der Macher von Nexta wohnt mit seiner gesamten Familie in Warschau. Er hat keine nahen Failienangehörigen in Weißrussland. Sein Büro ist im »Belorussischen Haus«, das aus der polnischen Staatskasse finanziert wird. Er leistet für die Bewegung viel, wurde aber auch bei der Verbreitung von *Fake*-News erwischt.

Seine Entschuldigung für seine nicht korrekte Nachricht, es seien in Minsk russische Spezialeinheiten unterwegs, würde ich ihm abkaufen. Nexta ist die lauteste, aber nicht die einzige Stimme aus dem Westen, die in Weißrussland mitmischt. Polnische und amerikanische Regierungen betreiben jeweils den Sender *Belsat TV* und *Radio Liberty* für Belarus. Das sind die bekanntesten Beispiele des westlichen Einflusses, nach einer intensiven Recherche kann ich ihnen keine besondere Relevanz zusprechen.

Mit der Frage nach dem westlichen Eifluss wendete ich mich an den in Berlin lebenden Theaterregisseur Zmicer Tschartkau. Er ist Mitglied im Koordinationrat der Weißrussen im Exil und vermittelt zwischen deutschen Politikern und weißrussischen Exilanten.

»Die polnische und die tschechische Regierungen übernehmen ärztliche Behandlung für Opfer der Polizeigewalt und finanzieren Projekte für die politische Bildung. Kosten für alles, was reine Politik angeht, sowie für die Unterstützung der Streikenden, begleichen wir aus eigenen Quellen. Die Hilfe kommt, unter anderem, von den ins Ausland geflohenen belorussischen IT-Firmen.«

»Sei das nicht ein Kauf des Protests und der streikenden Arbeiter?«, fragte ich weiter.

»Es mag im weißrussischen Staatsapparat als soetwas wie ein Kauf eingestuft werden. Bei der Lobbyarbeit für Sanktionen gegen verbrecherische Beamte genießen wir einen großen Zuspruch von den Grünen und den Liberalen in Deutschland. Ukrainer ersuchten am Anfang eine Radikalisierung unserer Proteste und wünschten diese in die antirussische Richtung zu lenken. Wir als Weißrussen gehen aber unseren eigenen *Belaruski Schljach*, den weißrussischen Weg, friedlich und blockfrei.«



Ilia Ryvkin lebt als Theatermacher und Autor in Berlin und berichtet unabhängig für den DW aus Minsk, Weißrussland.

Unten: Nina Baginskaya (mitte, mit Blumen) und Teilnehmerinnen des Frauenmarsches in Minsk.
Foto: Bernadette Stelter



»Da lachen ja die Hühner!«

INTERVIEW WIE CORONA 2020 ZUM EUROPAMEISTER ERKLÄRT WURDE



Der Fußballweltmeister Thomas Berthold im Interview mit der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand über Fußball unter Corona, Generationen und Gerechtigkeit

Als Verteidiger im Profifußball, Weltmeister von 1990, waren Sie Verteidiger. Herr Berthold, wie jubelt jemand, der einen Angriff abwehrt?

Eine alte Sportweisheit lautet: Die Offensive gewinnt Spiele, die Defensive Meisterschaften. Die Abwehr spielt also eine große Rolle, weil sie mehr mit Systematik und Disziplin zu tun hat. Wer gut verteidigt, verliert schon mal nicht, und vorne kann man eher mal improvisieren und auf Zufälle hoffen. Als Berufssportler geht es letztlich um das Ergebnis. Bei der Weltmeisterschaft in Italien hatten wir eine extrem spielstarke Abwehr. In meiner Jugend hatte ich aber zunächst offensiv gespielt, bei Eintracht Frankfurt als Rechtsaußen, wegen meiner Schnelligkeit. Später im Profifußball ging es dann in den defensiven Bereich.

Wo Sie bei der Eintracht, Hellas Verona, der AS Rom und dem VfB Stuttgart fast zwei Jahrzehnte im absoluten Spitzenbereich erfolgreich waren. Gegenwärtig verteidigen Sie mit vielen anderen zusammen Freiheitsrechte und das Grundgesetz. Warum machen Sie das?

Unsere Freiheit ist mir mehr wert als alles andere. Ich möchte nicht so leben, wie wir jetzt gerade leben müssen. Es sind undemokratische Verhältnisse, in denen kein Rechtstaat mehr gilt und kein Grundgesetz. Es ist reine Willkür, die hier abläuft. Das hat für meine Frau, meine Familie und mich nichts mit einer Gesellschaft zu tun, die wir uns wünschen, also einer, die in Frieden und Humanismus lebt. Was wir zur Zeit erleben, ist Polizeigewalt an friedlichen Demonstranten, Manipulation und Angstverbreitung über die Massenmedien, Strafandrohungen bei Nichteinhaltung der Maßnahmen. Das ist nicht der richtige Weg. Das hat auch keine Zukunft. Es gibt auch kein Land auf der Welt, das mit solchen Mitteln länger an der Macht geblieben ist. Doch derzeit gibt es leider jeden Tag mehr und mehr Einschränkungen, obwohl es kaum mehr Infizierte mit Symptomen gibt.

Als einzig gültige Meinung, wie sie etwa die Bundeskanzlerin behauptet, haben wir es doch mit einem sehr gefährlichen Virus zu tun, vor dem wir alle beschützt werden müssten?

Wenn uns das jemand erklären möchte, soll er bitte auch einen entsprechenden wissenschaftlichen Hintergrund haben und seine Forschung gegen alle Kritiker verteidigen können. Das können die aber nicht. Ich fordere einen schönen, breiten wissenschaftlichen Diskurs in den Massenmedien.

Aber findet der denn etwa nicht statt?

Wenn mir eine Politikerin und ein paar Helfer erklären, wir hätten hier einen Killervirus, dann kann das ihre persönliche Meinung sein. Da ich noch selber denke und mich auf meinen gesunden Menschenverstand verlasse, gelange ich zu einer anderen Einschätzung. Die Verlaufskurven von Covid-19 sind auf der ganzen Welt gleich, unabhängig von den getroffenen oder nicht getroffenen Maßnahmen. Der Peak war überall Mitte März, und danach gingen die Kurven nach unten. Es gibt glücklicherweise ein paar ausgezeichnete alternative Medien, wo viele der besten Ärzte und Wissenschaftler zum Thema sprechen dürfen. Manche werden zwar nach kurzer Zeit wieder gelöscht, etwa bei YouTube, trotzdem ist diese wissenschaftliche Ansicht nicht ganz wegzubekommen. Mittlerweile ist der Schaden wesentlich größer als der Nutzen. Unsere Politik hat es leider versäumt, von Anfang an für Transparenz zu sorgen und alle Einschätzungen in eine vernünftige Korrelation zu setzen.



Die Stadien der Republik ein Jammertal: Pappkameraden in Mönchengladbach. Foto: jro/DW

Und so ist Corona im Sommer 2020 Europameister geworden?

Ja, und mittlerweile auch noch Weltmeister. Fußballanhänger wurden ja als erste abqualifiziert, denn die Bundesliga ist ausgesetzt und dann vor Pappkameraden im Eilverfahren zu Ende gespielt worden. Mein Gott – ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, seit Mai schaue ich keinen Fußball mehr. Mir macht es keinen Spaß. Ohne Publikum und in den fast leeren Stadien, ist es für mich ein steriles Spiel geworden. Ohne Menschen, ohne Energie. Denn das Publikum macht ja die Stimmung aus, es ist wichtig für den ganzen Fußball, übrigens auch für die Spieler. Den Energie-Boost, Spiele auch mal umdrehen zu können, kriegen sie als Spieler nur in einer vollen Arena. Daher kommt der sogenannte Heimvorteil. Mannschaften, die zu Hause zurückliegen, werden vom Publikum nochmal angetrieben. Das wirkt. Die Energiewelle der Fans kann zu einer Wende führen. Da werden so viele Kräfte freigesetzt, die jetzt alle wegfallen. Die Menschen wollen nicht getrennt und mit Abstand ins Stadion gehen.

Das soll Social Distancing uns alle mürbe machen?



Ja, das ist eine Schock-Therapie. Fußball ist doch auch dazu da, dass man sich trifft, dass man sich austauscht, dass man spürt, dass die anderen auch da sind. Für viele war der Stadionbesuch eine Art Ersatzreligion, das Erlebnis einer friedlichen Gemeinschaft, zusammen ein Bier zu trinken. All das ist wichtig. Fußball vereint die Menschen unabhängig von der Religion, Hautfarbe, Beruf oder politischen Ausrichtung. Das ist uns nun von heute auf morgen genommen worden. Und das, weil wir einen vermeintlich hochintelligenten Virus haben. Mal ist er gefährlich, mal trifft er die Entscheidung sich zurückzuziehen. Da lachen doch die Hühner!

Gegen das Corona-Regime gibt es weltweit große Demonstrationen, in Indien, England, in Israel, in Frankreich, in den Niederlanden…

Ja, obwohl sie alles versuchen, das kaputt zu kriegen. Auch in Berlin waren es übrigens ähnliche Situationen. Im Fußball war das WM-Finale 1986 im Azteken-Stadion von Mexiko-Stadt bisher meine größte Erfahrung mit 125.000 Menschen im Stadion. Wenn ich an den 29. August 2020 in Berlin mit Robert F. Kennedy denke, wo wir von der Demokratiebewegung sicher ein bis zwei Millionen Menschen waren, noch mehr als am 1. August – an dem ich nicht da war, aber meine Frau –, wurde diese Massenerfahrung aus den Stadien um ein Vielfaches übertroffen. Luftaufnahmen gibt es auch, die das belegen. Vom 29. August gibt es ja diese Überflugbilder, wo man auf beiden Seiten des Tiergartens und im Tiergarten und anderen Bereichen der Stadt diese riesigen Menschenmassen sehen kann. Ich bin vom Reichstagsgebäude zur Siegessäule durchgelaufen. Das kann man dann mit einer Vielzahl von Stadien ins Verhältnis setzen, alleine schon von der Grundfläche her. Alle Anwesenden sind übrigens alles Multiplikatoren, die ja Ähnliches zu berichten haben und wissen, dass die Zahlen von »20.000« und so weiter gelogen sind. Von all diesen Demonstrationen ist übrigens nicht bekannt, dass sie irgendwen krankmachen würden.

weiter nächste Seite

FUSSBALL OHNE FANS IST NICHTS!

Oder haben Sie jemals gehört, dass jemand davon Corona bekommen hätte?

Mir ist von Ansteckungen auf Demonstrationen auch gar nichts bekannt, und glücklicherweise ist der Grippeinfekterreger Covid-19 ja auch nicht übermäßig gefährlich. Der amerikanische Präsident Donald Trump, der ja zu mehreren Risikogruppen gehört, konnte am vergangene Wochenende nach zwei Tagen Pause weitermachen. Es gibt aber wohl tatsächlich einige schwere Grippeverläufe, die auch nicht zu unterschätzen sind, aber eben im Vergleich zu den Vorjahren nichts Außergewöhnliches darstellen. Der Rest ist von Anfang an wider besseres Wissen erzeugte Täuschung unter dem Stichwort Corona. Was kann der Fußball tun?

Der Deutsche Fußball-Bund, der DFB, hat siebeneinhalb Millionen Mitglieder. Darunter sind die meisten Hobbysportler. Unter dem DFB-Logo spielen 25.000 Amateurmannschaften. Die haben ganz andere Sorgen, als die Erst- und Zweitligisten, die komfortable Fernsehverträge haben. Bei allen anderen geht es ums nackte Überleben. Ich hätte mir vom DFB und der DFL eine gewisse Solidarität gewünscht. Denn die sind ja die Basis für unseren Fußball. Kinder bekommen dort ihre Infrastruktur ohne große Anreise, sie können mit guten Sportpädagogen einfach Spaß mit dem Ball haben. Mittlerweile soll es 25.000 weitere Amateurteams geben, die sich nicht mehr unter dem Dach des DFB bewegen. Sie können sich ja ausrechnen, was damit insgesamt 50.000 Sportclubs für Kinder, Eltern, Großeltern und Helfer im Verein ausmachen. Ich hätte mir gewünscht, dass die Vertreter von Liga und Verband einfach ihr Gewicht in Berlin weit mehr eingebracht hätten, um gegen den Corona-Bann vorzugehen. Man hat sich dann leider doch eher benutzen lassen.

Sie sind zusammen mit Spitzensportlern wie dem Profi-Basketballer Joshiko Saibou und der Spitzen-Leichtathletin Alexandra Wester die Speerspitze der Demokratiebwegung in Deutschland, die Vorreiter. Welchen Ratschlag haben Sie für Sportler, die sich äußern wollen?

Das Ziel muss ja sein, dass es zu einer Veränderung kommt. Ich wünsche mir eine humanistische, freiheitliche Bürgerdemokratie. Wir leben aber nach wie vor in einem System eben, das uns derzeit nur eine Option lässt: Die Wahlen im nächsten Jahr, sollten die überhaupt regulär stattfinden – man weiß ja nicht, was die sich alles noch einfallen lassen. Ich denke aber, dass viele Menschen eine Alternative zu dem brauchen, was wir bislang vorfinden, das hat auch die mit 51 Prozent sehr geringe Wahlbeteiligung in NRW gezeigt. Das ist alternativlos: dass wir eine grundlegende Alternative brauchen! Wir werden eine »Neue Normalität« mit allen Mitteln verhindern. Ich möchte alle Kraft dort hineinlegen. Ich versuche auch überall, andere Leute mal mit einer anderen Meinung zu konfrontieren.

Und im Privaten?

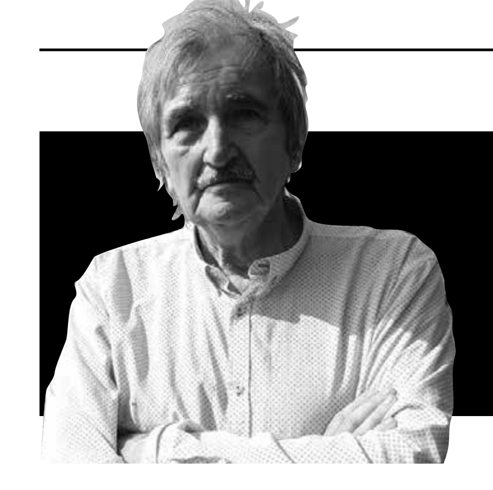
Leute mit Kindern im Schulalter tun mir Leid. Es besteht ja die Gefahr, dass die Kids einen Knacks fürs Leben wegbekommen. Ich befürchte, dass die in einer Welt groß werden, in der es normal ist, sich zu vermummen und Angst vor den Körpern anderer Menschen zu haben. Wir müssen uns aber umarmen können, wir brauchen die Nähe, die gibt uns Kraft und stärkt uns. Ich frage mich wirklich, was in den Köpfen der Politiker vorgeht. Die haben doch zum Teil auch Kinder und Familie.

Das gibt mir auch Rätsel auf, wobei die meisten Politiker sich ja privat nicht an die irren Regeln halten. Die meisten wissen ja selber, dass sie beruflich etwas propagieren, das nicht richtig ist. Aber zurück zu Ihnen!

Unsere Kinder sind schon groß. Die führen ihr eigenes Leben, die Jüngste studiert gerade in Frankfurt und Leipzig. Wenn mich jemand anspricht, sage ich: Ich habe ein Attest, dass ich keine Maske tragen kann. Ich führe darüber keine Diskussionen, die Sache geht dann einfach weiter. Thema für mich erledigt. Ich möchte vereinen und nicht spalten. Wir versuchen unser Leben so weiterzuführen wie zuvor. Im Freundeskreis gab es ein paar Veränderungen, weil die Fronten der Andersdenkenden sich leider von deren Seite aus verhärtet haben. Aber im engeren Kreis kommen wir sehr gut zurecht, und die meisten sind unserer Meinung oder verstehen uns. Wir diskutieren jedenfalls alles gern. Auch mit meinen Eltern. Mein Vater ist 80, meine Mutter 78, das ist also auch eine Sache aller Generationen bei uns. Die schütteln auch nur den Kopf. Wenn man in dem Alter ist, beschäftigt man sich etwas mehr mit dem Thema Tod als etwa ein Vierzigjähriger. Die sollen doch selber entscheiden dürfen, ob sie mit ihren Verwandten Kontakt haben wollen oder für ein paar Tage oder Wochen eben mal nicht oder nur per Telefon. Generell aber sind Sozialkontakte wichtig. Da passiert soviel, da entsteht Freude und die ist auch wichtig für das Immunsystem – das ist für alle wichtig.

Die Fragen stellte Anselm Lenz.





DAS SCHWEIGEN DER LÄMMER? (Teil 1)

Zum Versagen der Klugscheißer in der geistigen Situation der Zeit

von Werner Köhne

Dr. Werner Köhne ist Anhänger des FC Köln. Als Internatsschüler büchste er aus, um sich unter dem Drahtzaun ins Müngersdorfer Stadion zu bringen und die Spiele zu sehen.

Köhne ist gelernter Altenpfleger, wurde dann zum promovierten Philosophen und Filmemacher, zum Beispiel für ARTE. Für die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand fragt Köhne, wo unter Corona die Intellektuellen, die Kritiker abgeblieben sind?

Es ist ein sonst eher selten vorkommendes Phänomen: Die schweigende Mehrheit in Deutschland sieht sich gegenwärtig gespiegelt im Schweigen der Intellektuellen. Andererseits können sich viele Intellektuelle einmal wortlos zurücksinken lassen in die ozeanischen Gefühle der all-gemeinen Meinung.Erstaunlich bleibt gleichwohl: Warum äußern sich die Intellektuellen nicht zur gegenwärtigen Situation, in der die Gesellschaft zu zerreißen droht — sieht man von sehr wenigen Ausnahmen ab?

Was treibt die Intellektuellen um, lässt sie stumm, übervorsichtig oder zynisch werden? Die Faktenlage? Die Angst? Ein lang gehegtes Ressentiment? Oder doch eine unter Schmerzen gewonnene Einsicht, die ihnen diesen Sound of Silence auferlegt? Wie konnte es überhaupt dazu kommen, dass sich geistige Eliten einschwören lassen auf diesen Gleichklang von kaum auf Argumenten basierten Meinungen – dies gegenüber einer Protestbewegung, die sich allein durch zwei historische Großdemonstrationen als politischer Faktor ersten Ranges erwiesen hat und in ihrer übergroßen Mehrheit ganz sicher nicht unterwandert wird von rechten Ideologien? (Ich habe noch nie soviele reflektierte undogmatische Linke erlebt, wie im August auf den Straßen Berlins.) Was man indes vom Mainstream und einigen Intellektuellen der Demokratiebewegung dagegenhält, sind nichts als peinliche Reflexe, mündend zumeist in dieses Mantra: Das sind Nazis, sie paktieren mit den Rechten, sie leugnen Corona, regen sich auf über ein bisschen Maskenpflicht. Ist das alles? Noch einmal gefragt: Was bewegt die Intellektuellen? Vielleicht am Ende doch nur eins: Ihre eigene, letztlich unverdaute Geschichte.

GESCHICHTEN AUS DER GESCHICHTE

1932, kurz vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten veröffentlichte der Philosoph Karl Jaspers ein Buch mit dem Titel: »Zur geistigen Situation der Zeit.« Jaspers sagte darin das kommende Geschehen voraus — im Stile eines genialen Seismographen, der Stimmungen, Haltungen und Mentalitäten erspürt und offenlegt.

Etwa 50 Jahre später publizierte Jürgen Habermas als Herausgeber zwei Bände mit dem gleichen Titel »Zur geistigen Situation der Zeit«. In zahlreichen Artikeln meldete sich damals eine in die Jahre gekommene intellektuelle Linke zu Wort und leckte sich angesichts des Niedergangs einstiger Utopien und konfrontiert mit heftigem politischen Gegenwind die Wunden. Lang ist es her – und doch liefert uns dieses Momentum einen Schlüssel zum Verständnis der Situation heute. Es geht um geistig psychologische Wendepunkte, die zäher nachwirken als historische Ereignisse sonst. Allein, diese Turn arounds sind schwerer zu fassen und bedürfen eines dekonstruierenden Blicks, der auch das scheinbar Beiläufige nicht außer Acht lässt.

Der ungarische Essayist Lazlo Földenyi berichtete in einem Gespräch mit mir davon, wie der inzwischen verstorbene jüdische Autor und Literaturnobelpreisträger Imre Kertesz Mitte der 1990er Jahren in Berlin aus seinem autobiografischen »Roman eines Schicksalslosen« vorlas. Als er die Stelle zitierte, wo er als vierzehnjähriger Junge im Arbeitsvernichtungslager Buchenwald angesichts einer roten Abendsonne so etwas wie Glück empfand, wurde es merklich unruhig im Saal. Die Gemeinde der Wohlgesonnenen empfand es offensichtlich, als unangemessen und peinlich, ja – wie die heruntergezogenen Mundwinkel der Anwesenden verrieten – als empörend, dass Kertesz sich mit dieser doch bewegenden Beschreibung vom Glück eines jüdischen Jungen aus dem herrschenden Diskurs verabschiedete, und das hieß: Aus der ihm zugeschriebenen Rolle des puren Opferjuden: Ein guter Jude hat sich – so interpretierte ein verbitterter Kertesz das Publikumsverhalten später – auf diese verengende Fall-Identität zurückzuziehen. Das schließt ja aus, dass er sich als konkret lebender Mensch mit Gefühlen wie Trauer, Glück in Erinnerung rufen darf.

Der Vorfall zeigt, wie schon vor etwa 25 Jahren ein halblinkes intellektuelles Milieu entstanden war, das damals auch das Publikum an diesem Abend stellate. Angeführt wurde es von Gutmeinenden, die in einer Art rigider Gesinnungsethik, wie Max Weber sie Jahrzehnte vorher beschrieben hatte, die Verfügungsgewalt über die Zuweisung von korrektem Verhalten in die Hand genommen hatten und keine Widerrede duldeten – selbst von Juden nicht.

Ein ähnlicher Vorfall hatte sich einige Jahre vorher ereignet, als der damalige Bundestagspräsident Philipp Jenninger in einer schmerzlich ehrlichen Rede an das totale Versagen der schweigenden Mehrheit (und wohl auch der Intellektuellen) im Nationalsozialismus erinnert hatte und dabei Empörung im Plenarsaal hervorrief, am heftigsten übrigens vorgelebt von Abgeordneten der Grünen, während zahlreiche jüdische Autoren dieser authentischen Reden Jenningers höchste Anerkennung zollten.

By the way noch ein weiteres historisches Ereignis, das hier die Bildung eines intellektuellen Milieus vorantrieb. Während des Sechtagekrieges 1967 hatte es angesichts der Kriegsereignisse im Nahen Osten in Deutschland einen spürbaren Mentalitätswandel gegeben. Während damals die aufkommende studentische Linke ihre einstige Begeisterung für sozialistisch inspirierte israelische Kibuzze über Nacht gegen den Palästinenserschal eintauschte und damit erstmalig gegen Israel votierte, zeigten sich große Teile der noch stark faschistisch infizierten deutschen Mehrheitsgesellschaft begeistert von dem israelischen Kriegsheld Moshe Dajan, der – so die Altvorderen – wie einst der deutsche Kriegsheld Erwin Rommel einen erfolgreichen Blitzkrieg zu führen verstand. Diese teutonische »Trialektik« muss man sich einmal durch den Kopf gehen lassen: Während die einen so ihren immer noch schwelenden Antisemitismus und Nazismus durch die Liebe zum Staat Israel aufzuwiegen versuchten, die linken Studenten das Problem in einem Großen Ganzen (dem Weltsozialismus) verorteten, entwickelte sich unter der Hand in deutschen Landen eine – mundan gesehen – einmalige Form des Philosemitismus; ein Philosemitismus, der allerdings in all seiner Abstraktheit, seiner tönernden Gestimmtheit und Abgründigkeit ohne wirklich konkrete Aufarbeitung der Vergangenheit blieb.

Jüdische Autoren wie Theodor Adorno, Imre Kertesz, Georg Arthur Goldschmidt, Barbara Honigmann und der Lyriker Paul Celan wussten um diese Ungereimtheiten in der deutschen Seelenlandschaft. Seither sollten die Gefühlsturbulenzen das intellektuelle Klima wesentlich bestimmen. Es wurde und blieb bis heute ein Reizklima – und führt nun zu derlei Absurditäten: da bläst seit Monaten eine sogenannte Antifa, die einem vorkommt wie die Schutzgarde der Regierung, zum Angriff auf die »Nazis« (in vielen Fällen sind das die Physiotherapeutin aus Schwäbisch Gemünd oder der Lehrer aus Rostock) – als wolle man so Sieger in einem Shooterspiel werden – offensichtlich klammheimlich protegiert von schweigenden Geistesarbeitern, Künstlern und Kabarettisten. Was ist da nur los? Was geht da eigentlich ab? Welche Verbissenheiten sind da im Spiel?

Bei genauerem Hinsehen war indes schon 20 Jahre vorher dieses gesinnungsfixierte halblinke Milieu entstanden. Es war ein Milieu, das zuließ, dass die alten linken Überzeugungen trotz sozialem Aufstieg und offenkundigen Renegatentum quasi weitertradiert werden konnten, weil in der abendlichen Kneipe in Berlin-Kreuzberg der promovierte Taxifahrer, der Studienrat und der potente Erbe aus Tübingen sich unter Einhaltung größter Coolness ein Stelldichein gaben. Man war unter sich, hörte die gleiche Musik, entwarf gemeinsam ein narzisstisches Abbild vom richtigen Leben. Vor allem aber: Man stattete sich eben mit noch mehr Gesinnung aus.

DIE ETHISIERUNG ALLER VERHÄLTNISSE

Noch ein weiterer Blick zurück in der Zeit. Vor 40 Jahren nämlich fand ein Paradigmenwechsel statt – von teutonischen Ausmaßen. Damals erschien das Buch von Hans Jonas mit dem Titel »Verantwortungsethik« – ein durchaus lesenswertes Buch, das aber schnell von anderen Gruppen, ja dem intellektuellen Zeitgeist instrumentalisiert wurde. Wie einige noch wissen, erhob selbst Kanzler Helmut Kohl damals den Anspruch auf eine »geistig-moralische Wende«; gerichtet an das Individuum – und nicht an den Bürger als teilhabenden Citoyen im Sinne der Aufklärung!

Das Entscheidende: Es kam darüber zu einer moralisierenden Verengung aller Verhältnisse. Bildeten vorher noch Soziologie und eine kritische Psychologie das Paradigma des Zeitgeistes, so erhob man nun die Ethik, bewusst an den Einzelnen gerichtet, zum Allheilmittel. Damals erschienen eine große Anzahl von Büchern mit ethischem Ausschlag: Es reichte von der »Ethik eines Managers« bis zum später eingesetzten Ethikrat, der uns seither aufgedrückt wird. Eine Versammlung von Intellektuellen und Machern fand sich darin. Und man fragte sich: Gibt es wirklich Experten für Ethik? Und wie verhalten sie sich in Corona-Zeiten?

Wie aber nicht anders zu erwarten, waren die aufsteigenden Gruppen aus dem links-alternativen Milieu diejenigen, die dieses Profil erst wirklich in ein gesinnungsethisches umwandelten. Der Hintergrund: Man sprach sich fortan im Zeichen zunehmender Globalisierung für eine global universalistische Moral aus, die sich aber bei genauerem Hinsehen als eine interessegeleiteten selektive fortan handlen ließ. Diese Moral tat den einen nicht wirklich weh, beruhigte gar deren Gewissen, und die anderen bekamen sie zu schmecken als Verpflichtung, als »Sklavenmoral« wie Friedrich Nietzsche sie einst genannt hatte.

Fischen in diesem Umfeld nicht viele Intellektuelle heutzutage? Seither jedenfalls leben wir in einem intellektuellen Umfeld, das dieses Ansinnen unter dem Deckmantel der Political Correctness und des erfolgreichen Framing umsetzt.

Der zweite Teil erscheint in DW N°23



»DANKE, CORONA-REGIME«: DER GEWERBLICHE MITTELSTAND IN EXIS

Von Hermann Ploppa

Noch rieselt es nur leise im Gebälk. Unter dem Schutzschirm eines frisch gedruckten aber nirgendwo gedeckten Staatsgeldes verfaulen jene empfindlichen Pflanzen, denen die Bundesregierung bereits im März mit dem Lockdown ohne Not die Leben spendenden Wurzeln abgeschnitten hat.

Doch die Stunde der Wahrheit steht bevor. Der Mittelstand, einst Stolz und Juwel des deutschen Wirtschaftswunders, Lieferant von Arbeitsplätzen und Exportschlager, wird gerade für die irrsinnige Choreographie des versöderten Maskenballs auf dem Blutaltar der Corona-Religion geopfert. Frank Kebekus sagt für diesen Herbst einen »Tsunami von Klein- und Kleinst-Unternehmen« voraus. Der Mann muss es wissen, denn er ist ein bekannter Insolvenzverwalter und hatte sich im Sommer um die Galeria-Kaufhof-Karstadt-Kette gekümmert. Und Mario Ohoven, Präsident des Bundesverbandes Mittelständische Wirtschaft: »Die Mittelständler rechnen einer KfW-Umfrage zufolge allein für die Monate März bis Mai mit Umsatzeinbußen von rund 250 Milliarden Euro. Die hieraus resultierenden Liquiditätsengpässe können trotz staatlicher Soforthilfen nicht mehr lange überbrückt werden.« Bei einer Anhörung des Außerparlamentarischen Corona-Untersuchungsausschusses schätzte der Wirtschaftsprofessor Christian Kreiß, dass es in diesem Herbst 500.000 bis 800.000 Insolvenzen bei kleinen und mittelständischen Unternehmen geben könnte.

Noch hüllt sich die große Mehrheit der Mittelständler in gramvolles Schweigen. Man kann davon ausgehen, dass Angst dabei eine große Rolle spielt. Angst, Kunden zu verlieren, wenn man etwas sagt, was nicht dem anerkannten Mainstream entspricht. Man kann sich isolieren. Banken könnten einem Mittelständler Kredite verweigern, die bislang immer gewährt wurden. Da ist als abschreckendes Beispiel die rabiate Sanktionierung des Geschäftsführers und Inhabers des Naturkostunternehmens Rapunzel, Joseph Wilhelm. Als Wilhelm das offizielle Narrativ der tödlichen Seuche Covid-19 sehr früh schon zu hinterfragen wagte, wurden seine Produkte sofort aus den Regalen der Supermärkte verbannt und der Rapunzel-Begründer persönlich in übelster Boulevard-Manier als »Märchenerzähler« (so die »linke« Gazette *taz*) diffamiert. Andere Unternehmer wurden von übereifrigen Standesgenossen gemobbt, sobald sie die Weisheit der Merkel-Coronisten zu kritisieren wagten.

Die Grundstimmung vieler mittelständischer Unternehmer ist geprägt von einer nie endenden wollenden Hab-Acht-Stellung. Sie stehen auf mit dem Gedanken an ihre Firma, sind sechzehn Stunden am Tag mit nichts anderem beschäftigt und träumen dann nachts noch von der Firma. Trotz ehrbarer Arbeit stehen sie immer mit einem Bein im Gefängnis. Denn gegenüber Behörden müssen sie unablässig ihre Unschuld beweisen – eine groteske Umkehrung des Rechtsstaatsprinzips.

Dazu der faktische Offenbarungseid im Dreimonatstakt beim Finanzamt. Was haben diese Mittelständler verbrochen? Zur gleichen Zeit werden multinationale Megakonzerne mit Steuerbefreiung angelockt. Deren CEOs von den Regierungen hofiert und mit Verdienstorden dekoriert. Wenn der große Moderator der Superreichen, Klaus Schwab, zum Davoser Gipfel der Reichen und Mächtigen lädt, mutieren die eingeladenen Volksvertreter zu devoten Ministranten der marktradikalen Prediger.

KRISE IST OFFENSIV GEGEN DEN MITTELSTAND GERICHTET

Und seit einem halben Jahr hat die Bundesregierung mit ihren autoritär erlassenen Verordnungen den Strick um den Hals des gewerblichen Mittelstandes noch etwas enger gezogen. Durch eine Maßnahme, die auf den ersten Blick als Geste der Humanität aussehen konnte. Denn durch den im Zuge des ersten Lockdowns verordneten Stopp aller Wirtschaftstätigkeiten gerieten viele Unternehmen sofort in massive Zahlungsschwierigkeiten. Damit die Politiker nicht bereits zu Beginn ihres Corona-Regimes die Gefolgschaft des Mittelstands verloren, wurden die Unternehmer vorläufig von der Pflicht entbunden, ihre Zahlungsunfähigkeit anzuzeigen. Normalerweise muss der Geschäftsführer eines überschuldeten oder bereits zahlungsunfähigen Unternehmens nach §15a der Insolvenzordnung innerhalb von drei Wochen nach Feststellung dieses bei den Behörden melden. Anderenfalls droht ihm Freiheitsstrafe wegen Insolvenzverschleppung.

Der Gedanke dabei ist: ein insolventes Unternehmen kann Geschäftspartner mit in den Konkurs reißen, wenn diese weiterhin in das marode Unternehmen investieren. Das heißt, dass aus dem Schneeball vereinzelter Insolvenzen durch die staatlich ermunterte Insolvenzverschleppung eine wahre Lawine mitgerissener Unternehmen werden kann. Wäre es der Bundesregierung nicht um eigenen Aufschub für bessere Zeiten gegangen, hätten sich hier bestimmt andere Wege finden lassen, um notleidenden Unternehmern sozialverträglich unter die Arme zu greifen. Die Bundesregierung betätigt sich stattdessen als eifrige Initiatorin des Insolvenz-»Tsunamis«.

Mittlerweile ist die Befreiung von der Anzeigepflicht teilweise verlängert worden bis Jahresende: für zahlungsunfähige Unternehmen ist definitiv Schluss am 1. Oktober 2020. Überschuldete Unternehmen können noch bis zum 31. Dezember weitermachen. Dummheit oder Methode?

Als der Lockdown endlich aufgehoben wurde, warteten auf die mittelständischen Unternehmer Schikanen, die man auch nur als eine weitere geeignete Maßnahme zur endgültigen Liquidation dieser wichtigen Gesellschaftsgruppe deuten kann. In ein Buchgeschäft mit Maske zu gehen, während andere Kunden draußen stehen und warten, verunmöglicht jedes entschleunigte Stöbern in Büchern – was ja wohl den Charme eines Buchladens ausmacht. Vor Restaurants Schlange zu stehen in Manier der realsozialistischen DDR-HO-Gastronomie (»Sie werden plaziert!«) und dann noch Name, Adresse und Telefonnummer in einer Liste einzutragen, bevor man vom maskierten Kellner irgendwo hingesetzt wird, das ist einfach nur noch abstoßend. Zudem sind die Dienstleister oftmals sehr gereizt, denn die Angst, dass der Laden von der Gewerbeaufsicht wegen mangelnder Befolgung der Corona-Regeln geschlossen wird, ist erschreckend realistisch.

Kein Wunder also, wenn die großen Online-Anbieter riesige Umsatzzuwächse verzeichnen konnten, bis zu 40 Prozent bei Amazon. Eine gigantische Umverteilung von unten nach oben war die Folge: schätzungsweise 800 Milliarden Euro sind die Superreichen im Corona-Sommer reicher geworden. In derselben Zeit hat sich der öffentliche Sektor in Deutschland in eine gigantische Verschuldung begeben – ohne erkennbare Not. So schätzt der Präsident des Bundesverbands Mittelständische Wirtschaft, Mario Ohoven, dass die Staatsverschuldung dank Corona um 22 Prozent angestiegen ist auf nunmehr 81 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts: »Allein die Bundesagentur für Arbeit rechnet für das laufende Jahr bereits mit einem Defizit von mehr als 30 Milliarden Euro. Die Rentenkasse hat schon jetzt ein Loch von circa 100 Milliarden Euro.«

An eine Erholung des öffentlichen Sektors und des gewerblichen Mittelstands ist unter den gegebenen Umständen überhaupt nicht zu denken. Die Bundesregierung und die ihr ergebenen Landesregierungen forcieren mit politischen Mitteln die Tendenz zur extremen Kapitalkonzentration in den Händen einiger weniger Superreicher. Das hatten wir in Deutschland schon einmal. Die Machtergreifung durch die Nazis im Jahre 1933 machte nicht nur Schluss mit den bürgerlichen Freiheitsrechten. Auch die Kapitalkonzentration wurde vom Hitler-Regime politisch enorm forciert. »Unrentable« Klein- und Mittelbetriebe wurden durch Verordnungen einfach »abgeschaltet«.

Offenkundig gehören die Verschärfung der Kapitalkonzentration und die Abschaffung der Bürgerrechte untrennbar zusammen. Deswegen müssen sich Arbeiter, Angestellte, Beamte und Unternehmer solidarisch gegen das Corona-Regime erheben. Es geht um unsere Lebensqualität. Und um nichts weniger als unser Mensch-Sein.

ZAHLEN UND FAKTEN ZUM

Die Aktivitäten kleiner und Mittelgro
Wohlergehen unserer Gesellschaft e
umsatzsteuerpflichtigen Betriebe in
versicherungspflichtigen Beschäftigten
ze und bilden 81,8 % al

Man kann aus diesen Zahlen der Bund
lich ablesen, dass der gewerbliche Mit
takten Gesellschaft unerlässliche Infra
Steuerabgaben, Ausbildung des erwe
sich die großen Unternehmen, Kartel
Drittel der Umsätze und Gewinne —
ches zur Aufrechterhaltung der Gesel
Mittelstand sorgt damit auch für eine
sie durch eine allzu krasse Polarisier
erzeugt

Vermögenszuwächse

Jeff Bezos (Amazon)
MacKenzie Bezos (Ex Ehefrau von Bezos)
Elon Musk
Eric Yuan (Zoom Video Communications)
Mark Zuckerberg
Bill Gates
Larry Ellison (Oracle)
Warren Buffett
Steve Ballmer (Ex-Microsoft-Chef)

Das Vermögen der 614 Milliard
Jahr um 3,382 Billionen Dollar,
seit Beginn des Corona-bedingt

Das K
Ausw
Statis
Index



Bildreigen gegen Bilderstürmer: Bernt Notke, Lübecker Totentanz aus dem Jahr 1463, Reproduktion aus dem Jahr 1701 von Anton Wortmann, Schwarz-Weiss-Fotografie des Reigens aus der Lübecker Marienkirche vor deren Zerstörung im Zweiten Weltkrieg 1942.

STENZNOT

DEUTSCHEN MITTELSTAND

ßer Unternehmen (KMU) sind für das ntscheidend: Sie stellen 99,6 % aller Deutschland, mit 58,5 % aller sozial-. Sie erwirtschaften 35 % aller Umsät-ler Auszubildenden aus.

desregierung aus dem Jahr 2015 deut-telstand die für das Gedeihen einer in-struktur fast alleine schultert — durch rbstätigen Nachwuchses —, während lle und Konzerne, die Rosinen — zwei herauspicken dürfen ohne Wesentli-llschaft beizutragen. Der gewerbliche Abfederung von sozialen Härten, wie ung in arm und reich z.B. in den USA werden.

- 34,6 Milliarden $ Zuwachs
- 8,2 Milliarden $ Zuwachs
- 11,8 Milliarden $ Zuwachs
- 7,4 Milliarden $ Zuwachs
- 25 Milliarden $ Zuwachs
- 8 Milliarden $ Zuwachs
– 7 Milliarden $ Zuwachs
- 564 Millionen $ Zuwachs
- 12,8 Milliarden Dollar

däre aus den USA ist in diesem also um 15 Prozent gestiegen, en Lockdowns in den USA.

Kurzarbeiter in Deutschland

August 2020	4.552.000
Juli 2020	5.552.000
Juni 2020	6.700.000
Mai 2020	7.300.000
2019	145.276
2018	117.659
2017	113.552
2016	127.811
2015	129.625
2014	133.604
2013	190.845
2012	170.529
2011	157.886
2010	502.694
2009	1.144.407
2008	101.540

Konzern-Imperium schlägt zu, Aktion und pirkungen stehen in Zusammenhang. | Quellen: stisches Bundesamt (Kurzarbeit 2020), Bloomberg : 2020 (Vermögen).

»WIR LEBEN IN EINER ZEIT, DIE EIN ANDERES DENKEN VON UNS FORDERT«

INTERVIEW *Der Demokratische Widerstand im Gespräch mit der Initiative* Unternehmer Stehen Auf

Die von der Bundesregierung seit über einem halben Jahr erlassenen Verordnungen im Zusammenhang mit der Corona-Krise haben die Wirtschaft in Deutschland schwer beeinträchtigt. Es ist mittlerweile mit einer Pleitewelle bislang ungekannten Ausmaßes zu rechnen. Unternehmerverbände haben vorsichtige Kritik an der Corona-Politik der Regierung geübt. Jetzt meldet sich eine neue Unternehmer-Initiative zu Wort: Unternehmer Stehen Auf. Anders als die bislang bestehenden Unternehmerverbände übt die neue Initiative explizite Kritik an den Corona-Maßnahmen.

Unternehmer Stehen Auf hat kürzlich einen Offenen Brief an Wirtschaftsminister Peter Altmaier geschrieben, in dem es heißt: »Ihr Aktionismus macht selbstständig handelnde Menschen zu Bittstellern und bringt sie in eine wirtschaftlich prekäre Situation, von der sich diese Menschen schwer wieder erholen werden ... Wir fordern sofortigen Stopp der Corona-Maßnahmen. Zurzeit sterben drei Personen pro Tag in Deutschland angeblich an Corona! Wie viele Unternehmer pro Tag weltweit begehen Selbstmord?«

Unternehmer Stehen Auf (UStA) hat sich auch schon aktiv an Corona-Demonstrationen beteiligt. Grund genug für den Demokratischen Widerstand, einmal bei der Initiative genauer nachzufragen. Die Initiatorin möchte einstweilen noch nicht namentlich genannt werden.

DW: Der Name Ihrer Initiative klingt recht kämpferisch. Müssen die Unternehmer erst noch geweckt werden? Es gibt doch schon Unternehmervertretungen, wie z.B. den Bundesverband Mittelständische Wirtschaft. Was wollen Sie anders machen als die hergebrachten Unternehmerverbände?

UStA: Die von Ihnen genannten Verbände und Kammern schweigen zumeist. Es geht zunächst einmal nicht um Kampf, sondern darum, endlich einmal wahrgenommen zu werden. Und zwar dadurch, dass wir uns alle zusammenschließen. Bundesweit sind alle Unternehmenstypen eingeladen mitzumachen. Die Größe des Unternehmens spielt dabei keine Rolle. Auf unserer Internetseite besteht die Möglichkeit sich zu vernetzen, nach Bundesland und Branche geordnet. Dann wird deutlich, wie viele Unternehmen wir sind. Keine Förderungen mehr ohne unsere Mitsprache. Nur wenn wir uns organisieren, können wir diese Mitsprache erwirken.

Die Lage der kleinen und mittelgroßen Unternehmen (KMU) ist teilweise wirklich sehr verzweifelt. Der bekannte Insolvenzverwalter Frank Kebekus, der die in Zahlungsschwierigkeiten geratene Kette Galeria Kaufhof Karstadt verwaltet, sagte vor kurzem einen existenzvernichtenden „Tsunami" für die KMU vorher. Teilen Sie diese Einschätzung? Und wer ist für diese Situation verantwortlich?

UStA: Herrn Kebekus kann ich nur zustimmen, Wir Unternehmer standen von jetzt auf gleich vor einer Situation, dass wir nicht einmal unseren Lebensunterhalt erarbeiten durften. Bei den Förderungen wurde keine Rücksicht genommen auf die Entlohnung der Unternehmer. Viele wurden schon von Anfang an zu Hartz-4-Empfängern aufgrund staatlicher Verordnungen. Die Förderungen in der Zweiten Phase gehen, wie die Zahlen ja auch deutlich zeigen, an den Unternehmen vorbei. Wir wurden nicht gefragt.

Was schlagen Sie vor?

UStA: Beispielsweise sollten die Stützungsdarlehen zinsfrei gestellt werden. Die Laufzeit muss auf mindestens zehn Jahre ausgerichtet werden. Zu überlegen ist auch, ob ein Teil der Stützungsdarlehen als tatsächlicher Zuschuss für die Unternehmen verwendet wird. Wir setzen uns tagtäglich für die Mitarbeiter und für uns selber ein. Wir wollen keine Almosenempfänger werden. Aber bestimmte Bereiche schaffen es nun einmal nicht aus eigener Kraft. Viele haben bislang noch gar keine Förderung beantragt. Die, die diese Förderung aber benötigen, müssen so aufgestellt werden, dass sie überleben können. Anderenfalls werden die Gelder vergeudet.

Wie sieht es bei diesen Förderungen mit der Verteilungsgerechtigkeit aus?

UStA: Als wichtig sehen wir an, dass die Großkonzerne in die Eigenverantwortung entlassen werden. Wie kann es denn sein, dass der größte Teil der Förderung an die Großkonzerne geht? Und zwar ohne Berücksichtigung des Vorjahresgewinns? Staatsgelder münden auf diese Weise in Dividendenausschüttungen. Der Mittelstand muss sich demgegenüber aus eigener Kraft neu aufstellen. Hier stimmt was nicht. Warum stellt man den deutschen Umsatz des Onlineversands Amazon nicht in ein angemessenes Verhältnis zu dessen Gewinnen, und erhebt Steuern? Sind wir wirklich so hilflos diesen Konzernen gegenüber?

Eine wichtige Rolle spielte in den letzten hundertfünfzig Jahren die öffentliche und genossenschaftliche Geldwirtschaft für den deutschen Mittelstand. Allerdings wurde dieser Zweig der Geldwirtschaft in den letzten Jahrzehnten systematisch von der Politik heruntergefahren und teilweise in den Ruin getrieben. Sollte man die öffentliche und genossenschaftliche Geldwirtschaft wieder in vollem Maße herstellen? Oder sehen Sie andere Möglichkeiten, dem Mittelstand neues Geld zuzuführen?

UStA: Die KMUs brauchen eine eigene Bankenstruktur. Es muss dabei um die Wirtschaft gehen und nicht um ein Regelwerk, wie es die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in den Finanzierungsvorschriften Basel I-III verbindlich vorschreibt. Die Unternehmen brauchen gut gedachte Investitionen. Denn wer kann solche Dinge besser beurteilen als die Unternehmer selber? Die Unternehmen brauchen Stützung in der Not, mit unternehmerischen Verstand geprüft. Das fehlt.

Wie sehen Sie die Chancen der deutschen KMU im internationalen Wettbewerb und zum anderen im Zuge der gerade aggressiv vorangetriebenen Digitalisierung?

UStA: Vorab bemerkt glaube ich, dass Deutschland noch nicht so stark betroffen ist wie andere Länder. Wenn wir den oben besprochnen Ansatz genauer durchdenken hoffe ich, dass wir erkennen: bei allem Handeln muss der Mensch im Mittelpunkt stehen. Die Digitalisierung darf dabei gerne behilflich sein. Sie darf aber nie zum Selbstzweck werden.

Wie werden Sie sich in den nächsten Wochen und Monaten in das politische Geschehen einbringen?

UStA: Ich glaube wir leben in einer Zeit, die ein anderes Denken von uns fordert in allen Bereichen. Es geht darum, in das eigene Handeln mehr Menschlichkeit einzubringen. Das werden wir unterstützen. Es handelt sich um den Versuch, in die Wirtschaft solche Gedanken einzubringen, zur Diskussion zu stellen und zum Handeln anzuregen. Es gibt schon seit langer Zeit Unternehmen, die nach solchen Kriterien der Menschlichkeit arbeiten, die aber kaum einen größeren Raum in der Wirtschaft einnehmen Jetzt nehmen aber gerade jüngere Unternehmer diesen Faden wieder auf. Ich glaube, es ist Zeit für ein menschlicheres miteinander Wirtschaften und damit die Zeit einer Chance auf ein menschenwürdigeres Leben. Das könnte die Chance sein, die in dieser Krise steckt.

Das Interview führte Hermann Ploppa. Weitere Informationen zur Initiative: Unternehmer-stehen-auf.de

DAS IMPERIUM DREHT DURCH

von Anselm Lenz

Seit Freitag soll der zweite Lockdown in Berlin getestet werden. Im Zuge dessen lassen korrupte Berufspolitiker auf Waldschützer, Hausprojekte, den Mittelstand und das zivile Leben losgehen. Am Samstag will ein Schweigemarsch für die Menschenrechte durch die Stadt ziehen.

Es ist soweit: Die Berliner Stadtregierung hat am Dienstag der gesamten Bevölkerung einen zweiten »Lockdown« untergejubelt. Mit der »Siebten Änderung der Infektionsschutzverordnung« soll ab kommendem Freitag, dem 9. Oktober 2020, unter anderem eine Ausgangssperre ab 23 Uhr verhängt werden.

Demnach dürfen nur noch fünf Menschen zusammenstehen, nicht mehr als zehn Personen zusammen in geschlossenen Räumen zusammensein. Das bedeutet, dass die Metropole und nachts praktisch zugesperrt wird. Zudem soll durchweg ein »Zerstreuungsgebot« gelten, womit Ansammlungen, also jede Form von politisch unliebsamen Treffen verhindert werden sollen.

Wie Lobbyismus in den Propagandamedien funktioniert, war bereits am Montagabend vor Bekanntgabe der Berliner Verordnung in den Tagesthemen zu beobachten: Die Berliner Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci (SPD) war im Interview geradezu in die Mangel genommen worden. Die ARD-Propagandistin Pinar Atalay forderte von ihr Verschärfungen und sogar eine Art Zonenregime für Berlin mit innerstädtischen Grenzkontrollen zwischen den Berliner Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte.

Kalayci gilt in der Berliner Landesregierung als schwächstes Glied, das sich mit vorauseilendem Gehorsam und einem Corona-Hardliner-Kurs innerhalb des Apparates anzudienen versucht. Gegen das TV-Gesicht Atalay kam sie in Bedrängnis, wiederholte immer wieder, Berlin sei »mit Landkreisen nicht vergleichbar«. Denn Landkreise könne man ja duchaus öfter mal voneinander isolieren – Landbewohner sollen sich über die Städter aufregen und umgekehrt, bis beide isoliert sind und sich auch noch dafür bedanken.

SCHWEIGEMARSCH UND HUNDERTSCHAFTEN

Der neue »Lockdown« in Berlin, mit dem das Corona-Regime im als aufmüpfig geltenden Berlin den Testlauf für die zweite Welle auf dem Bundesgebiet abrollt, gibt dem Regime die Möglichkeit ständiger Angriffsmöglichkeiten auf die Bevölkerung mit der zur Regierungs- und Konzernmiliz herabgewürdigten Polizei. Für die Remonstrationspflicht der Beamten und das universelle Menschenrecht zieht am Samstag, dem 10. Oktober, ein bürgerlich orientierter Schweigemarsch durch die Stadt. Er beginnt mittags auf dem Charlottenburger Adenauerplatz.

Für Menschen, deren Heimat des Bezirkes Friedrichshain-Kreuzberg ist, ergibt sich damit eine menschliche Verbindung: Im Zuge der Bekanntgabe des zweiten Lockdowns ab Freitag hat der Berliner Senat angekündigt, am Tag des Inkrafttretens der Ausgangssperre das alternative Wohnprojekt »Liebig 34« räumen lassen zu wollen.

Die Mietskaserne war von ihren früheren Pächtern nach Ablauf des Vertrages weiterbewohnt worden. Die Stadt ließ ihr Vorkaufsrecht sausen. Der neue Eigentümer des Hauses, Gijora Padovicz, gilt als hochgradig unseriös. Nach Jahrzehnten soll das alternative Wohnprojekt – von dem man halten kann, was man will, jedenfalls schlafen Menschen darinnen – nun während der angeblich gefährlichen »Pandemie« und einem Wirtschaftskollaps epischer Dimensionen laut Berliner Polizeisprechern am Freitag von einem riesigen Poleiaufgebot von 2.900, dazuschwer bewaffnete Sondereinsatzkommandos, geräumt werden – als wohnten mit einem Male Tausende Terroristen darin, was schlichtweg nicht der Fall ist und auch die Gegendomstrationen dürften nicht sehr umfangreich ausfallen. Die zu erwartenden Bilder sollen Furcht einflößen.

Die Hundertschaften der Polizei sitzen bei der Anfahrt aus mehreren Bundesländern in den Bussen eng zusammen und die zu erwartenden Auseinandersetzungen in einer Zone, in der fünf Kindergärten und eine Schule für einen Tag geschlossen werden, sind sicher auch für keinen Beteiligten gesundheitsförderlich. Zudem schickt man weitere Menschen vor dem Winter in die Wohnungslosigkeit.

MAFIOSI IM STÄDTISCHEN POLITKLÜNGEL

Es geht also um etwas anderes. Weite Teile der Berliner Berufspolitik sind eng mit einer kriminellen Baumafia verstrickt. Mit der Korruptionsruine des Willy-Brandt-Flughafens BER haben sich Politiker wie der frühere Bürgermeister Klaus Wowereit und der Ex-Bausenator Peter Strieder ein internationales Denkmal und Milliardengrab gesetzt, mit dem Kulturbau »Tacheles« ein Stück Wendekultur einem Mafioso-Klüngel zum Fraß vorgeworfen.

Im Zuge des Corona-Regimes soll nun die Chance genutzt werden, ein paar andere Rechnungen zu begleichen. Mittendrin wiederum auch beim Thema »Liebig 34«: Der Berliner Innensenator Andreas Geisel (SPD), der es fertigbrachte, am 1. August eine der größten demokratischen Demonstration der europäischen Geschichte grundgesetzwidrig auflösen und noch am selben Abend auf den Berlin-Neuköllner Senioren- und Hundehaltertreff »Syndikat« losgehen zu lassen.

Die derzeit stattfindenden Angriffe auf alle möglichen Formen zivilen Lebens, auf städtische Nischen, bis hin zum selbstbewusst etablierten und gehobenen Mittelstand, verfolgen ein Ziel, das, nach allem, was wir seit Monaten wissen, leider kein Gutes ist. Das Imperium ist in seiner finalen Krise und führt einen Krieg gegen die Weltbevölkerung.

Im Dannenröder Forst bei Marburg an der Lahn bauten und besetzten Umweltschützer teils jahrelang Baumhäuser, um den prächtigen alten Mischwald gegen den Bau der Autobahn 49 zu verteidigen. Unter Corona stellten sich die Aktivisten am zurückliegenden Wochenende der Polizei in Kleingruppen gegenüber. »Aus Solidariät wegen Corona«, wie eine Sprecherin der Umweltschützer der regierungstreuen Tageszeitung junge Welt erklärte. Man habe gehofft, die hessischen Prügeltruppen würden die Baumfreunde freundlicher räumen, wenn man sich dabei an das Abstandsgebot halte. Dabei ist das Abstandsgebot dafür — und nur dafür — geschaffen worden. Zur Kontrolle, Isolation und Machtausübung.

Man stellt fest: Nun hat die selbsternannte Antifa sich über ein halbes Jahr lang ins Zeug gelegt, um den Großen Bruder und dessen Corona-Story zu verteidigen. Hinter jedem Strauch lauerte ein Nazi, und Nazi war zwischenzeitlich jeder, der nicht auf die Regierung und ihre Corona-Maßnahmen stolz gewesen war. Einen religiösen Erlösungstaumel hatte selbst einige der stolzesten Kritiker*innen erfasst.

ANTIFA UND WALDSCHÜTZER HOFFTEN AUF REGIERUNG UND KONZERNE

Für wenig Geld und unter windigen Bedingungen stellten sich ein paar Leute, zumeist Berufsjugendliche aus zerrütteten Akademikerfamilien, den Demokratie- und Grundrechtebewegung entgegen, die ihre Zweifel an der Verhältnismäßigkeit und menschenfreundlichen Absicht des Corona-Ausnahmezustandes anmeldeten. Der Dank für so viel Ehre und Treue der regierungstreuen (Fake-)Antifa scheint nun nichts als die Räumung deren völlig harmlos gewordener Wohnprojekte, symbolischen Umweltschutzvorhaben oder muffigen Eckkneipen zu sein.

Und damit wären wir tatsächlich beim Menschen angelangt. Rechts, links, oben, unten. Bei den grundlegendsten Fragen des Lebens, bei der Frage nach der eigenen Würde und der Würde aller anderen Menschen, öffnet sich das Feld der Ethik. Die politische Farbe, die Tradition, ja, nicht einmal der religiöse Glaube oder Unglaube fallen hier ins Gewicht. In den wichtigsten Momenten ist es der Ort, an dem tatsächlich Politik jenseits der Identitätspolitik der Bilderstürmer, ausgehandelt wird.

DER DANK FÜR SOVIEL »EHRE UND TREUE«

Notwendig wäre diese echte Politk etwa bei vielen medizinethischen Fragen auch jenseits des Corona-Regimes, die tatsächlich breit diskutiert und entschieden werden müssten, etwa der Gentechnik und beim Einsatz von Technik im menschlichen Körper, damit grässliche Fehlentwicklungen aufgehalten und zugleich menschenfreundliche Regeln und Gesetze das Leben erleichtern und die menschliche Würde absichern.

Wer unter den gegenwärtigen Bedingungen aber glaubt, von Konzernchefs ins Paradies geführt zu werden, wer also glaubt, die Losung »no border, no nation« habe auch nur die geringste Chance, irgendjemanden substantiell von Unterdrückung zu befreien, arbeitet einer neofaschistischen Regierung und absolutistischen Konzernherrschern zu, die an totalitärer Unterdrückung arbeiten, ja, sie schon etabliert haben. Oder wer will jetzt noch sagen: »Uns geht es doch noch so gut!« Auch wenn es nach wie vor schwer zu glauben ist, dass es passiert. Es passiert seit einem halben Jahr.

TRAURIGE GESTALTEN

Der wegen seiner seiner vermeintlichen Gemütsruhe und seiner Fantasielosigkeit »Scholzomat« genannte Finanzmininster Olaf Scholz (SPD) verkündete am Sonntagabend im Regierungsfernsehen ARD, dass der Bundestagswahlkampf im Sommer und Herbst 2021 praktisch unter Ausschluss echter Öffentlichkeit stattfinden werde — selbstverständlich wegen Corona. Statt Diskussionen auf Marktplätzen mit freiem Publikum solle es »Begegnungen« geben. Und damit meinte er eben nicht, dass sich frisch durchatmende Landleute und die immer spöttisch dreinblickenden Städter lieber mal die Hand reichen sollten, solange sie noch können.

Der Beitrag erschien zuerst als Podcast auf KenFM.de

Back to the roots

Ich freue mich sehr, dass Sie (die komplette Redaktion, das ganze Team) so etwas auf die Beine gestellt haben. Da wir (meine Frau und ich) seit der «Mikroben-Pandemie» keine öffentlich-rechtlichen Nachrichten oder ähnliche Lügenverbreitungen ansehen, freue ich mich, wieder regelmäßig neutral informiert zu werden. Sollte es zum Abschalten des Internets kommen, bin ich per Post am Ball (back to the roots).

Michael Wittmann, Rülzheim

Betriebsrat

Sie haben viel Mut und Zivilcourage bewiesen und eine große Geisteshelligkeit in diesen düsteren Zeiten. Verdi habe ich enttäuscht verlassen. Ich bin Betriebsrat. Eine Mitgliedsbescheinigung der Demokratischen Gewerkschaft hätte ich gerne. Lassen Sie uns gemeinsam vorankommen – in Richtung Republik – direkte Demokratie und demokratisierte Ökonomie.

Peter Thomas, Hannover

Geht halt 'rüber!

Sie alle wissen es nicht zu schätzen, in einem Land mit einem der besten Gesundheitssysteme der Welt zu leben. Im europäischen Ländervergleich der Corona-Bewältigung liegt Deutschland sehr weit vorn – dafür muss jeder Bundesbürger auch Opfer bringen ebenso in der Einschränkung der Grundrechte! Ich empfehle Ihnen einen sofortigen Umzug in ein Land, welches alle Ihre Grundrechte auch in Corona-Zeiten garantiert.

Brandt, Hamburg

Mit Gleichem zurückschlagen?

Ich freue mich sehr über die Informationen in der gerade eingetroffenen Zeitung »DW« – ich besitze keine digitalen Apparate. Es ist mir unangenehm, wenn ich in einer mir zuverlässigen Zeitung Worte wie »Lügenschwein« hervorgehoben lese. Wollen wir mit Gleichem zurückschlagen? Haben unsere Schweine durch unseren Unverstand nicht sehr viel zu leiden? Warum belegen wir unwürdige Menschen mit Tiernamen, die doch nichts Unwürdiges in sich tragen. Es ist eine Kunst, Unwürdigkeit mit Klarheit und Unverletzlichkeit darzustellen.

Elke Sunder
P.S. Ein Dank an die jüngere Generation!

Berliner Original

Ich lasse mich nicht auf eine Passform schneiden, die einem Krankenlager entspricht. Ich bleibe ein Spaßmensch und ein Berliner Original. Gesundheitsämter sind die neue Stasi! Zehntausende sind unschuldig inhaftiert!

Werner Menzel, Berlin



Friesenhaus im Schnee

Was für eine tolle Idee! Nachdem ich unser Provinzblatt wegen systematischer Desinformation einfach nicht mehr lesen kann, freue ich mich auf gut aufgemachte, fundierte Informationen. Vielen Dank! – *J.*

Regierung von Oberfranken

Die Regierung von Oberfranken sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt für das Landratsamt Wunsiedel i. Fichtelgebirge mehrere

Mitarbeiter (m/w/d)
zur Ermittlung/Nachverfolgung
von Kontaktpersonen

Ihre Aufgaben:
- Ermittlung/Nachverfolgung von Kontaktpersonen
- EDV-Management
- Telefondienst
- Beobachtung von Kontaktpersonen
- Beratung von Kontaktpersonen
- Bürgeraufklärung
- Mitarbeit bei Quarantäne-Maßnahmen

Ihr Profil:
- Abgeschlossene Berufsausbildung, vorzugsweise in einem medizinischen oder kaufmännischen Ausbildungsberuf
- gute EDV-Kenntnisse (MS-Office)
- gute mündliche Ausdrucksfähigkeit
- serviceorientiertes und freundliches Auftreten, gute Auffassungsgabe, selbstständige Arbeitsweise
- hohe Flexibilität und gute Belastbarkeit
- Bereitschaft zu Wochenend- und Feiertagsdiensten

Wir bieten Ihnen:
- ein bis zum 31.12.2021 befristetes Arbeitsverhältnis in Voll- oder Teilzeit
- Bezahlung nach Entgeltgruppe 3 TV-L

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist für uns selbstverständlich. Schwerbehinderte werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt.

Ansprechpartner:
Fachlich: Dr. Fleißner, Tel.-Nr. 09232/80-106
Personalstelle: Herr Schelter, Tel.-Nr. 09232/80-374

Die vertrauliche Behandlung Ihrer Daten ist für uns selbstverständlich. Entsprechende Hinweise zum Datenschutz finden Sie unter www.regierung.oberfranken.bayern.de/aktuelles/stellenangebote.

Ihre aussagekräftige Bewerbung richten Sie bitte bis per E-Mail mit dem Betreff „Mitarbeiter CTT" bis spätestens 10.07.2020 an: personalverwaltung@landkreis-wunsiedel.de Bitte übermitteln Sie Anlagen zusammenfassend in einer pdf-Datei.

oben: Zusendung aus einer Lokalzeitung

ZUR DEMOKRATISCHEN WIRTSCHAFTSORDNUNG

»Es werde Gesetz!« In DW N°20 19. September wurde die neue Wirtschaftsgesetzgebung diskutiert. EINE REPLIK *von Kate Briel*

Zur Lösung der Schulden und Wirtschaftskrise wird eine »gerechtere« Besteuerung von vielen gefordert, und dies ist sachlich und historisch ein Irrtum.

Sicher wird der von der Oligarchie kontrollierte Staat unter dem Beifall der Linken die finanzielle Repression mit der Flagge der »sozialen Gerechtigkeit« anführen, und wie in der Vergangenheit wird dies zur Enteignung und Verarmung des Mittelstandes führen und nicht zu einer Beteiligung der »Superreichen« an den Kosten der Krise.

In den Zwanzigern hat dies zur Diktatur geführt, und auch heute bei den bereits ausgehöhlten Grundrechten des Grundgesetzes wird dies den Oligarchen-Staat in einer diktatorischen Form entstehen lassen, national und EU-weit.

Zur Lösung der Krise und einem demokratischen und gerechteren Wirtschaftssystem kann man nur mit grundlegenden Änderungen gelangen: Entprivatisierung des Staates, der ja seit Bestehen und insbesondere seit der Neoliberalisierung vollständig in den Händen der Oligarchen ist.

Steuern haben immer nur die Nichtherrschenden gezahlt, der Adel nicht und die Superreichen auch nicht.

Die Situation der arbeitenden und abhängigen Mehrheit der Bevölkerung hat sich in dieser Hinsicht nicht geändert und trägt über die zehntausend Jahre des Bestehens der menschlichen Zivilisation seine Ketten.

Die besonders perverse Situation ist, dass seit dem Eintritt in die »Moderne« und der industriellen Revolution, die abhängige Mehrheit als sogenannt unter den Stichworten der Solidarität und des Kampfes gegen die Armut auch die sozialen Kosten der kapitalistischen Modernisierung zahlte.

Mit der in England im 16. Jahrhundert erfolgten Kapitalisierung der Landwirtschaft und dem »Bauernlegen«" war nicht mehr der Landlord für die Notversorgung der Armen zuständig, sondern der »Staat«, zunächst die Community.

Folgerichtig führte bereits Elizabeth I. von England eine *national poor law tax* im Jahre 1572 ein, nachdem die drakonischen Gesetzte gegen Bettler und Vagabunden des Problem nicht lösen konnten. Zahlen mussten damals – und dies ist unverändert gültig bis zum heutigen »Wohlfahrtsstaat« – die Beherrschten für diese sozialen Kosten der Wirtschaftsordnung. Die ‚»City of London«, die seit dem 12. Jahrhundert mit ihrem Sonderstatus existiert, wurde und wird nicht beteiligt. Es gibt genügend Gesetzte und Orte/Länder , die die Oligarchen und Ihre ihre Staaten dafür eingerichtet haben.

Ein noch so gut gemeintes Steuersystem wird diesen Umstand nicht ändern, so lange dieses System des Oligarchen-Staates existiert. Gegenwärtig kann es nach August Bebel nur lauten: »Diesem System keinen Mann (Frau) und keinen Groschen«. Die Krise in der Wirtschaft und Gesellschaft ist umfassend, die Privatisierung des Staates und der öffentlichen Meinungsbildung ist durchgängig.

Der Staat lügt die Bevölkerung an, die Wirtschaft lügt die Gesellschaft an (auch beim VW- Diesel), die Medien lügen die Bevölkerung an. Es ist eine mafiöse Struktur, in der Wahrhaftigkeit, Ehrlichkeit, Menschlichkeit und die Ausrichtung auf das Schöne nicht mehr vorkommen.

Eine demokratische Wirtschaftsordnung setzt Volkswirtschaft und Wohlergehen der Bevölkerung an erste Stelle.

Die Produktivität ist seit den frühen fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts bis heute um den Faktor acht bis neun gestiegen. Bis in die siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts stiegen die Reallöhne in etwa mit dieser Produktivitätssteigerung. Seitdem jedoch nicht mehr, sondern der Wohlstandszuwachs ging an die wenigen Reichen und ihrem Staat.



POSTVERSANDABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zur auflagenstärksten Wochenzeitung der Republik gewachsen. Sie verkauft keine Anzeigen, sammelt keine Daten ein und ist von großen Mäzenen, Strukturen, Staaten und Regierungen unabhängig. Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von tausenden einzelnen Spendern und freiwilligen VerteilerInnen, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist.

Parallel dazu möchten wir den Versuch unternehmen, den Widerstand als unabhängige und gedruckte Wochenzeitung für alle zu etablieren. Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit € 10.- in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse unseres Vereines. Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME ______________________

TELEFON + E-MAIL ______________________

STRASSE UND HAUSNUMMER ______________________

POSTLEITZAHL UND ORT ______________________

K.D.W. e.V.
Berliner Allee 150
13088 Berlin

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer liberalen Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) — Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 22. Ausgabe ab Samstag, 10.Oktober 2020. Redaktionsschluss war am 8. Oktober, 7:30 Uhr. Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Crowdfinanzierte Zeitung, Förder- und Freundeskreis Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt. **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Vereinsspende« an A. Lenz, Vorstand K.D.W., **IBAN GB77 REVO 0099 7016 8700 94.**

Redaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Batseba N'Diaye, Tamara Ganjalyan, Jill Sandjaja, Sophia-Maria Antonulas, Ute Feuerstacke, Louise Lenz, Wolfgang Spraul, Hermann Ploppa, Johnny Rottweil, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Samuel Gfrörer, Clark Kent, Doro Neidel, Dirk Pohlmann, Ullrich Mies, Alexander Richter, Erich Kartmann. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm und Moskau.
Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotographie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.